

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.30 Mark, monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Wochensonderbeilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3.30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Einget. in der Post-Verwaltung. Preisliste für 1893 unter Nr. 4708.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltenen Zeilen oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Ernst S. Nr. 4186.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Mittwoch, den 18. Januar 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Aus London

wird uns unterm 12. Januar geschrieben:

Morgen tritt in Bradford, dem Mittelpunkt der englischen Wollenindustrie, ein Kongress zur Begründung einer „unabhängigen Arbeiterpartei“ für Großbritannien zusammen. „Unabhängig“ meint hier unabhängig von den beiden großen Parteien der bürgerlichen Klassen. Die Bewegung für die Konstituierung einer solchen Partei ist schon seit ziemlich langer Zeit im Gange, sie reicht bis zur vorjährigen Wahlbewegung zurück. Die relativen Erfolge, welche die — in diesem Sinne — unabhängigen Arbeiterkandidaten bei den letzten Wahlen erzielt haben, haben ihr einen nicht unerheblichen Anstoß gegeben und eine Unterschriften-sammlung, welche die „Workman's Times“ mit bezug auf die Frage der Zweckmäßigkeit alsbaldigen Vorgehens eröffnete, hat bis jetzt über 2700 Meldungen aus allen Theilen des Reiches ergeben. Bradford ist beiläufig die Heimath der „Workman's Times“; das Blatt war ursprünglich nur die Wochenausgabe der dort erscheinenden „Yorkshire Factory Times“.

Die Unterschriftensammlung würde übrigens zweifelsohne ein noch besseres Resultat aufzuweisen haben, wenn nicht mitten in dieselbe hinein die Affäre Champion gespielt hätte. Es wurde bekannt, daß 400 Pfd. Sterling, welche die „Workman's Times“ bei der Wahl den Komitees der Londoner Arbeiterkandidaten überwies, von Champion, d. h. da dieser unbemittelt ist, dessen Hintermännern, herrührten. Das machte viele stutzig, denn Champion hat nie einen Gehalt daran gemacht, daß er für politische Zwecke „das Geld nimmt, wo er es findet“. Ob er persönlich reine Hände hat, ist eine Frage, die man dabei ganz unerörtert lassen kann, denn erstens steckt in jedem Menschen ein Rabulist, der unter Umständen das Gewissen in merkwürdige Harmonie mit dem augenblicklichen Bedürfnis zu bringen weiß, und zweitens genügt die Thatfache, daß Champion für die Partei die Politik — nun, wir dürfen sagen der un-reinen Hände, der Durchstecherei, des Mogels mit allen Parteien, befristet. Dies ist eben nicht nach jedermanns Geschmack, und Champion's Vernunft auf Parnell, wie ich schon früher einmal ausführte, ganz und gar nicht am Plage. Parnell hatte eine große disziplinierte Partei hinter sich, die er straff im Zaume hielt, er war der Chef einer nationalen Bewegung, bei welcher ohnehin mehr möglich ist, als gewöhnlich bei rein politischen Bewegungen. Und doch behaupten viele Irländer, er hätte das Experiment von 1885 — wo er die Partei anwies, für die Tories gegen die Liberalen zu stimmen — nicht ohne Gefahr für die Existenz der Partei noch einmal wiederholen dürfen. Aber wie dem auch sei, die unabhängige, d. h. die sozialistische Arbeiterpartei soll erst gegründet werden, und ihr bei ihrer Gründung das Schachern und Mogeln als Prinzip anzuerkennen, heißt ihr die Korruption von Geburt aus einimpfen.

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Hans Inzingen.

Soziale Studie von G. de Balzac.
Deutsch von Curt Baake.

Die Tanzart Hsaur's von Aldrigger fiel zwar auf, aber wie wurde sie in unserem Jahrhundert, wo der allgemeine Wahlspruch lautet: Gleiten wir beim Tanz dahin, aber drücken wir nicht auf, verschieden beurtheilt. Der Eine rief: Die Kleine tanzt famos! (es war ein junger Referendar). Eine Andere: Das junge Mädchen tanzt entzückend! (dies war eine Dame mit auffälligem Kopfschmuck). Eine Frau von dreißig Jahren aber urtheilte: Das kleine Mädchen tanzt nicht übel. — Hitzten wir wieder den großen Maxcel und sein berühmtes Wort: Was kann nicht alles in einem Avantdieu liegen!

„Und gehen wir etwas rascher vorwärts!“ sagte Blondet. „Du erzählst so geschraubt, wie Marivaux dichtete.“

„Hsaura,“ fuhr Vigriou fort und warf Blondet einen ungnädigen Blick zu, „trug ein einfaches weißes, mit grünem Band besetztes Kreppkleid, eine Kamelie in den Haaren, eine Kamelie im Ärmel, eine Kamelie unten am Kleide und eine Kamelie...“

„Galt, halt! Das werden ja die dreihundert Ziegen des Sancho Panza!“

„O, lieber Sohn, darauf beruht die ganze Litteratur. „Clarissa“ ist ein Meisterwerk und hat vierzehn Bände. Und doch wird Dir der stumpfste Vaudeville den ganzen

Genug, die „Workman's Times“ warf sich damals leidenschaftlich für Champion ins Zeug — wie denn Champion überhaupt eine Anzahl fanatischer Verehrer hat — und das hat ihr bei der Masse der sozialistisch gesinnten Arbeiter ungemein geschadet. Ihre Auflage ging rapide zurück und die von ihr eröffnete Bewegung gerieth ins Stocken. Seitdem hat sie ihre Politik wieder etwas geändert, und jetzt plötzlich, am Vorabend des Kongresses, erscheint der „Labour Elector“ wieder, Champion's früheres Blatt, gezeichnet von Maltman Barry, einem Mann, der sich offen als Tory bekennet, dabei aber Sozialist zu sein behauptet und möglicherweise auch glaubt. In England ist eben Vieles möglich. Was dieses Wiedererscheinen des „Labour Elector“ im jetzigen Moment zu bedeuten hat, muß abgewartet werden, jedenfalls zeigt es, daß Champion wieder Geld bekommen hat, sei es vom Seifen-Hudson (dem Mitinhaber der bekannten Seifenfabrik), einem mehrfachen Millionär, der ihm schon wiederholt Geld gegeben, oder irgend einem seiner Tory-Freunde“. Natürlich wird Champion auf dem Kongress sein, wenn nicht als Delegirter, so hinter den Kulissen, und einer Anzahl der Delegirten „Parole“ erteilen. Andere Delegirte gehen mit dem ausdrücklichen Mandat nach Bradford, die Politik Champion's zu bekämpfen, wieder andere, eine rein abwartende Haltung einzunehmen. Das Bedürfnis nach einer Arbeiterpartei ist da, aber die Leute scheuen sich begriffsweise, an einer Schöpfung sich zu betheiligen, von der sie nicht genau wissen, was hinter ihr steht und die Fäden in der Hand hat. So sind die Aussichten auf einen unmittelbaren Erfolg der Bradforder Konferenz nicht übermäßig groß. Aber jedenfalls wird dieselbe zur Klärung der Situation beitragen, und das ist auch schon viel werth. Sie findet im Mittelpunkt des industriellsten Theiles von England statt, eine große Anzahl Delegirter, nicht zum Geringsten aus Lancashire und Yorkshire selbst, sind angemeldet; sehen wir zu, was sie uns bringen wird.

Die Konferenz der Bergarbeiter, der zur Zeit in Birmingham tagt und rund 270 000 organisierte Arbeiter vertritt, hat sich mit allen gegen die zwei Delegirten aus Durham für die absolute Nothwendigkeit eines Achtstundengesetzes für Bergarbeiter ausgesprochen und es soll mit der größten Energie bei den nächsten Wahlen dafür agitiert werden. Wenn die liberale Partei sich nicht noch im letzten Moment dazu entschließt, die Forderung in ihr Programm aufzunehmen, würden die Aussichten für unabhängige, d. h. sozialistische Arbeiterkandidaten dadurch erheblich steigen. Freilich haben die Liberalen und hier und da auch die konservativen Vertreter der gefährlichsten Wahlkreise den Achtstundentag schon akzeptiert, aber so lange die Parteien ihn nicht offiziell in ihr Aktionsprogramm aufnehmen, hat das keinen praktischen Werth.

Inhalt in einem Akt erzählen. Was verlangst Du denn eigentlich? Sei doch zufrieden, wenn ich Dich nur unterhalte. Ihre Toilette war wirklich schön, aber Du kannst wohl Kamelien nicht leiden? Dann nimm Georginen. Die magst Du auch nicht? Nun, dann sollst Du eine Kastanie haben!

Augenscheinlich warf Vigriou mit einer Kastanie nach Blondet, denn wir hörten etwas auf einen Teller fallen. „Laf' gut sein und fahr' fort,“ rief Blondet. „Ich hab' Unrecht.“

„Ich fahre fort,“ sprach Vigriou: — Die Kleine ist so hübsch, daß man sie heirathen könnte, nicht wahr? meinte Rastignac zu Beaudenord und deutete auf Hsaura mit ihren reinen, weißen Kamelien, an denen auch nicht ein Blatt fehlte.

Rastignac war Godefroid's guter Freund. — Ei, ich dachte eben daran, küßte ihm Godefroid ins Ohr. — Ich hab' es satt, in jedem Augenblick für mein Glück zu zittern, mit schwerer Mühe die Gelegenheit zu erschaffen, einem unaufmerksamen Weiberohe eine Verabredung zuzufüstern und in der Oper auszuschaun, ob „sie“ eine rothe oder weiße Blume im Haar trägt, oder im Wäldchen darauf zu achten, ob ihre behandschützte Hand auf dem Wagenes Schlag liegt oder nicht. So machen sie's nämlich beim Korso in Mailand. Ich will nicht länger wie ein Lakai, der heimlich eine angebrochene Flasche leert, hinter der Thür waschen, oder wie ein Briefträger meinen Verstand abnutzen, um einen Brief anzubringen und zu erhalten. Ich mag nicht mehr zwei Zeilen unendlicher Zärtlichkeit durchfliegen, heute fünf Foliobände und morgen ein Heft mit zwei Seiten zu lesen haben, denn es ist sehr ermüdend. Statt mich hinter die Jalousie und in die Brennmesseln ziehen zu lassen, will ich mich lieber einer großen Leidenschaft hingeben, wie sie Rousseau er-

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. Januar.

Aus dem Reichstag. Die Debatte über die Spiritussteuer schleppte sich heute noch durch die ganze Sitzung hin. Trotz der vielen Reden, welche gehalten wurden, blieb die Frage, ob Aussicht vorhanden sei, für den Fall der Annahme der Militärvorlage, einen Theil der Kosten auf den Schnaps abzuwälzen, ohne Antwort. „Reigung“ zu dieser Magnahme ist nämlich auf keiner Seite des Hauses vorhanden; auch die Herren von der Rechten, welche sonst stets bereit sind, aus den Taschen anderer Leute neue Steuern zu bewilligen, wollen von der Erhöhung der Spiritussteuer nichts wissen. In diesen Kreisen wäre man sehr bereit, den Betrag, welchen der Spiritus tragen soll, von diesem ab und auf die Börse zu überwälzen. Wie die Vorlage über die Biersteuer-Erhöhung, so wurde auch die Spiritussteuer-Vorlage der Kommission für die Militärvorlage überwiesen. Dort ruhen diese Projekte so lange bis der Boden für die Verständigung über die Heeresvermehrung gesunden. Eine Absticht, welche ihrer Verwirklichung mit jedem Tage näher zu kommen scheint. Morgen ist Schwerin'stag und stehen die konservativen und Zentrumsanträge auf Abänderung der Gewerbe-Ordnung (Hausirhandel etc.) auf der Tagesordnung. —

Die parlamentarischen Aussichten der Militärvorlage verbessern sich unzweifelhaft. Es wäre Richter'sche Vogelstrauß-Politik, wollten wir das leugnen. Der Kompromiß nimmt immer greifbarere Gestalt an: die Regierung bewilligt dem Reichstag die gesetzliche zweijährige Dienstzeit und der Reichstag bewilligt der Regierung Zweidrittel bis Dreiviertel des Geforderten.

Es ist genau, wie wir voraussetzten. Treten die Wähler nicht ins Mittel, so wird die neue Militärvorlage auf grund eines derartigen Kompromisses angenommen, und zwar mit keineswegs geringer Majorität; und — in vier oder fünf Jahren, jedenfalls im Laufe der nächsten Legislaturperiode, kommt die Regierung wieder mit einer neuen Militärvorlage. Freilich wird jetzt schon, um dem Kompromiß die Wege zu ebnen, gesiffentlich die Legende verbreitet, der „Verdy'sche Plan“ sei endgiltig beseitigt, allein dieser Plan ist das letzte Ziel des Militarismus, und der Militarismus wird nicht eher rasten und ruhen, als bis er dieses Ziel erreicht hat. Jede Maßregel, die nicht so weit geht, gilt ihm nur als eine Abschlagszahlung. Das mögen die Wähler bedenken! Möchten sie sich nicht, so wird die Militärvorlage angenommen. Die einzige Möglichkeit, dies zu vereiteln, ist, daß die Wähler, die ihrer Abgeordneten nicht ganz gewiß sind, den unsicheren Rantonisten auf den Leib rücken, und ihnen das Rückgrat nachdrücklich „strammen“. Ohne „Druck von

träumt hat, will ich lieber treu und aufrichtig ein Mädchen wie Hsaura lieben und sie heirathen, wenn unsere Herzen zusammenstimmen. Ein glücklicher Wertler möchte ich sein.

Das eine ist so lächerlich, wie das andere, erwiderte Rastignac. — Aber freilich, vielleicht würde ich es an Deiner Stelle ebenso machen und mich in die himmlischen Sonnen einer solchen Liebesasthese stürzen, denn sie ist neu, originell und kostet nicht viel. Was aber Deine Flamme betrifft, so ist sie zwar ein liebliches Kind, aber so einfältig, wie Balletmüßl. Ich warne Dich vorher.

Der Ton, in dem Rastignac diese letzten Worte sprach, weckten in Beaudenord die Vermuthung, sein Freund wolle ihn absichtlich abkühlen und als ehemaliger Diplomat witterte er sofort in ihm einen Nebenbuhler. Verfehlte Berufe geben eben dem ganzen Leben ihre Färbung.

Godefroid verliebte sich bis über die Ohren in Fräulein Hsaura von Aldrigger, und Rastignac begab sich zu einer großen, jungen Dame, die im Spielzimmer plauderte, und küßte ihr zu: — Malvine, Ihre Schwester hat einen Fisch im Netz, der achtzehntausend Franks Renten schwer ist. Er trägt einen guten Namen, genießt allgemeines Ansehen und weiß sich zu benehmen. Seien Sie auf der Hut. Spinnst sich zwischen beiden ein wirkliches Verhältniß an, dann sorgen Sie dafür, Hsaura's Vertraute zu sein, damit sie ihm nicht eine Antwort giebt, die Sie nicht vorher verbessert haben. —

Der Wagen der Frau Baronin ist vorgefahren, sagte um zwei Uhr Morgens ein Kammerdiener zu einer niedlichen Semmerin von vierzig Jahren, die so kokett wie Berline in Mozart's Don Juan war. Godefroid sah, wie seine deutsche Balladenschöne ihre phantastisch aufgeputzte Mutter in den Empfangsalon führte, wohin ihnen Malvine folgte.

Godefroid — das Kind! — that so, als suche er den

Außen" auf den schwankenden Reichstag hat Graf Caprivi den Sieg in der Tasche — und den deutschen Michel. —

Die Kommissionsrede des Herrn v. Caprivi läßt den Redner und andere Leute noch immer nicht zur Ruhe kommen. Bekanntlich sprach der Herr Reichskanzler auch über die Möglichkeit, daß wir im Fall eines Krieges von Dänemark belästigt werden könnten. Diese Neuerung hat nun zu einem Austausch zwischen der deutschen und der dänischen Regierung, und zu einer Debatte im dänischen Reichstag geführt. Schließlich hat sich natürlich Alles in Wohlgefallen aufgelöst. Obschon nun der Reichskanzler, der in der Militärkommission den Reichsboten gruselig machen will, und der Reichskanzler, der im offiziellen Diplomatenfrack alles rosig anzusehen und jede Schwierigkeit zu glätten hat, zwei ganz verschiedene Leute, wenn auch eine Person sind, so kann doch nicht geleugnet werden, daß die Caprivi'sche Kommissionsrede die Sache zum Theil richtig geschildert hat. Die dänische Regierung ist so vollständig in der Hand Rußlands, wie dies bei der Regierung eines demokratischen Landes überhaupt möglich ist. Die Frau des russischen Zaren ist eine dänische Prinzessin, — seine Ferien — die einzige Zeit, wo er sich vor den Bomben der Nihilisten sicher fühlt — verbringt „Väterchen“ in Kopenhagen; und seit anderthalb Jahrhunderten hat die russische Politik Dänemark als einen gegen Deutschland vorgeschobenen Posten betrachtet und behandelt. Das ist richtig; aber es ist nur ein Theil der Wahrheit. Der andere Theil ist: daß Dänemark ein demokratisches Land ist, und daß das dänische Volk das Varenthum verabscheut und von russischem Einfluß und einem Bündniß mit Rußland nichts wissen will. Das kam in dem Folkething (dem Volkshaus des dänischen Reichstags) zum Ausdruck. Daß die Dänen an der Politik des Fürsten Bismarck, die ihnen den Krieg von 1864 brachte, keinen Gefallen finden konnten, begreift sich leicht — aber die deutsche Reichsregierung unter Caprivi will ja keine nationale Plünderung, Politik treiben, und wenn sie die Sympathien der Völker zu gewinnen weiß, so hat sie von der russischen Räuber- und Spitzbubendiplomatie nichts zu besorgen. Mit den alten Diplomatenkniffen ist's für die zivilisierten Staaten vorbei. Eine Ahnung hiervon hat die deutsche Regierung, wie ihr Verhalten den Polen gegenüber beweist. Freilich auch nur eine Ahnung. Reist das dämmernde Bewußtsein zu voller klarer Erkenntniß, sucht das Deutsche Reich gegen die von Rußland drohende Gefahr — und nur von Rußland droht Gefahr — sich Schutz und eine Stütze, da wo sie einzig zu finden: bei den von Rußland unterdrückten und gefährdeten Völkern, dann brauchen wir keine neuen Soldaten — dann sind die alten schon viel zu viel. Polen allein ist ein halb Duzend Armeekorps, und wenn Herr von Caprivi das Wort, welches er von seinen Hochschößen schüttelte, wirklich gesagt hätte: für Rußland geht der Weg nach Konstantinopel durch's Brandenburger Thor, dann könnten wir beruhigt singen: Lieb Vaterland magst ruhig sein. Je schwächer und nachgiebiger unsere Regierung sich Rußland gegenüber zeigt, desto üppiger und frecher wird die russische Diplomatie; mit „Väterchen“ und seinen Deuten muß man eine kräftige Sprache reden. Je kräftiger und deutlicher sie ist, desto ruhiger und zäher wird die russische Diplomatie werden. —

„Fürchtbaren Haß gegen den Grundbesitz, besonders den großen,“ hat die „Kreuz-Zeitung“ aus der gestrigen Rede Wurm's herausgehört. „Fürchtbaren Haß“ — wie heißt, Herr von und zu Hammerstein? Und fürchtbaren Haß gegen den Grundbesitz — wozu? Von dem Großgrundbesitz wollen wir Sozialdemokraten allerdings nichts wissen, und betrachten es als einen Unfug ohne gleichen, daß die selbsttrinkenden Herren Großgrundbesitzer für ihre Bettelstücken die armen Kleingrundbesitzer vorschreiben und auf deren Konto das deutsche Volk in Kontribution sehen. Einen „Nothstand der Landwirtschaft“ kennen wir sehr wohl, das heißt einen Nothstand der Klei n bauern, allein dieser wird gerade durch die Herren Großgrundbesitzer verursacht, die mit dem „Nothstand“ vortreffliche Geschäfte machen. —

Der bayerische Gesandtenwurf betreffs des Hausraths. Ueber den von der bayerischen Regierung dem Bundesrath vorgelegten Gesandtenwurf erzählt die „Bosnische Zeitung“, daß in demselben folgendes bestimmt wird:

Konstituentenopfer, in welchem Joby gerade steckte und genos das Glück, die beiden Schwestern zu betrachten, wie sie ihre muntere Mutter in ihren Pelz hüllten und einander jene kleinen Toiletendienste leisteten, wie sie eine Fahrt durch das nächtliche Paris fordert. Dabei prüften sie, wie erfahrene Kägen, die auf eine Maus lauerten, mit raschen heimlichen Seitenblicken den jungen Mann, der nichts davon merkte. Mit großer Beugung sah er, wie ein gut behandschuhter, vornehmer Elchaffier Diener den Damen ihre Pelzstiefeln brachte.

Die beiden Schwestern waren sich so unähnlich, wie nur möglich. Malvone, die ältere von beiden, war eine große Brunette, Jaura eine kleine Blondine, mit zarten, feinen Zügen, während die Formen ihrer Schwester kräftig entwickelt waren. Jaura war eine jener Frauen, die durch ihre Schwäche herrschen und die zu beschützen jeder Schaller für ritterliche Pflicht hält; Malvone glich einer leidenschaftlichen, gebieterischen Spanierin. Standen die Schwestern bei einander, so machte Jaura den Eindruck eines Miniaturbildes neben einem Delgemälde.

Sie muß reich sein, sagte Godsfroid zu Rastignac, als er wieder in den Ballsaal getreten war.

Wer denn?

Die Kleine von vorhin.

„Ach Du meinst Jaura von Aldrigger . . . Kann schon sein . . . Die Mutter ist Wittwe. Aldrigger war im Komtore des Vaters in Straßburg Kommissar . . . Willst Du sie wiedersehen? Sei zu Frau von Restaud liebenswürdig. Sie labet Dich dann zu dem Ball ein, den sie übermorgen giebt. Die Baronin von Aldrigger ist mit ihren Töchtern bestimmt da.“

Drei Tage lang träumte Godsfroid von seiner Jaura, ihrem Köpchen und ihren weißen Camellen, so wie wir, wenn wir lange auf einen hell beleuchteten Gegenstand gestarrt haben und dann die Augen schließen, ihn als kleinere von einem farbigen Hof umgebene Gestalt mitten in der Finsterniß funkeln sehen.

Keine Naturbeschreibung, Vigou! Rasch ein anderes Bild! rief Couture.

1. Der Hausrath ist nur gültig für den Bezirk der Behörde, welche ihn ausgestellt hat. 2. Er kann auf längere Zeit, als für das Kalenderjahr, ertheilt werden. 3. Die Ausstellung des Hausrathes ist in gewissen Fällen abhängig von dem durch die zuständigen Behörden festzustellenden Bedürfnis. 4. Der Hausrath ist auch für denjenigen notwendig, welcher an seinem Wohnort, oder am Orte seiner gewerblichen Niederlassung das Gewerbe im Umherziehen betreibt d. h. von Haus zu Haus hausrathet. 5. Handelsreisende, welche auf Grund des § 44 der G. O. ihr Gewerbe ohne Wandergewerbeschein ausüben, dürfen Befellungen auf Waare nur bei solchen Gewerbetreibenden (also nicht bei Privatkunden) suchen, in deren Gewerbebetriebe Waaren der angebotenen Art Verwendung finden. Durch diese Bestimmungen sollen angeblich die hauptsächlichsten Mängel des Hausrathes beseitigt werden, nämlich die Ueberschuldung des Publikums, die Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz der anfassigen Detailhändler und Handwerker, namentlich in den mittleren und kleineren Städten, der Ankauf von Gegenständen, welche keinem realen Bedürfnisse entsprechen und das Drängen von Handel und Industrie in eine unsolide Richtung. —

Die preussische Staatslotterie soll um 30 000 Loose vermehrt werden, doch soll die Vermehrung die erste der beiden in das Etatsjahr 1893/94 fallenden Lotterien noch nicht berühren. Der Ueberschuß der Lotterie vermehrt sich dadurch für das Etatsjahr 1893/94 um 890 600 M., also von 8 090 300 M. im laufenden Etat auf 8 980 900 M. Die Begünstigung der Schnapsbrenner, die Konzeptionierung der Garenwirthe und die Förderung des Lotteriespiels passen recht gut zu den heute so sehr betonten „christlichen“ Aufgaben des Staats. —

Deutsches freisinniger Mannesmuth. Der Stadtrath Wecker ist von der freisinnigen Kandidatur in Pögnitz zurückgetreten, und zwar, wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, „infolge wüster antisemitischer Ausfälle in einer ländlichen Wahlversammlung“. Antisemitismus afflavit et dissipati sunt. Der Antisemit riß das Maul auf und der Freisinn kroch ins Mausloch. —

Aus der Schweiz schreibt man uns unterm 15. d. M.: Die Geschäftsleitungskommission der schweizerischen sozialdemokratischen Partei erläßt in der Parteipresse einen Aufruf zur Unterschrittsammlung für Einführung des Rechts auf Arbeit in die Bundesverfassung. Die Form dieser Initiative ist auf dem anfangs November in Solothurn stattgehabten Parteitag festgesetzt worden, worüber bekanntlich seiner Zeit der „Vorwärts“ näher berichtete. Wir wiederholen demnach nur kurz, daß verlangt wird die Gewährleistung des Rechts auf ausreichend lohnende Arbeit für jeden Schweizerbürger, genügende Fürsorge für Arbeitslosigkeit, Verkürzung der Arbeitszeit, unentgeltlicher öffentlicher Arbeitsnachweis auf Grundlage der gewerkschaftlichen Organisationen, Schutz gegen ungerichteter Entlassung und Arbeitsentziehung, Unterstützung von Arbeitslosen entweder durch öffentliche Beschäftigung oder durch solche in den Gewerkschaften, Schutz der Vereinsfreiheit, Begründung und Sicherung einer öffentlichen Rechtsstellung der Arbeiter gegenüber ihren Arbeitgebern und demokratische Organisation der Arbeit in den Fabriken und ähnlichen Geschäften, vorab des Staates und der Gemeinden. — In dem Aufruf heißt es unter anderem: „Vorstehendes Initiativbegehren kann mit vollem Rechte als das Resultat der eingehendsten Erwägungen gelten. Dieser Umstand allein schon sollte ihm die Aufmerksamkeit vieler Mitglieder zuwenden. In weit höherem Maße aber noch sollte die Thatsache, daß gegenwärtig Tausende unserer Mitbürger arbeitslos und brotlos sind und die weitere Thatsache, daß Arbeitslosigkeit und Existenzunsicherheit im allgemeinen fortwährend im Wachsen begriffen sind, dem Initiativbegehren zahlreiche Freunde werden.“

Wir sind überzeugt, daß die nun eingeleitete Bewegung reiche Früchte tragen wird für den sozialen Fortschritt im allgemeinen und die Sache der Sozialdemokratie in besonderem, wenn die Genossen im ganzen Lande regen Eifer bekunden!“

Die Zahl der erforderlichen Unterschriften beträgt 50 000 und es bedarf daher großer Anstrengungen, um sie auszubringen. Günstig für die Initiative ist allerdings die gegenwärtige Arbeitslosigkeit. Die große Presse, demokratische wie liberale und konfessionelle, schweigt über das sozialdemokratische Unternehmen, das sicher auf große Hindernisse stößt. Nun, mag die Aktion erfolgreich sein oder nicht, das wird sie auf jeden Fall erreichen, daß die sozialistische Agitation in Wort und Schrift frisch belebt und neue Bewegung ins Volk gebracht wird, und dieser agitatorische Erfolg ist unter allen Umständen ebenso sicher wie werthvoll. —

Unter den Politikern, die der Panama-Sumpf verschlungen hat, ist — neben Clemenceau — unzweifelhaft der bedeutendste Freycinet, der langjährige Kriegsminister Frankreichs. Freycinet war es, der 1870, nach der Zerschmetterung des napoleonischen stehenden Heeres das Auf-

„Aufgeschaut!“ erwiderte Vigou und machte augenscheinlich einem Cafékellner nach. „Aufgeschaut, meine Herren! Eines neues Bild! Schlaf nicht ein, Finot! Dich muß man immer besonders antreiben, wie der Kutscher eine alte Mähre.“

Theodoro, Margarethe, Wilhelmine Adolphus aus dem Hause Adolphus und Kompagnie in Mannheim, Wittwe des Barons Aldrigger, war durchaus keine jener dicken, gutmüthigen deutschen Frauen mit weissem, wie Bierseifen leicht goldig schimmernden Gesicht, die recht besonnen und recht dorb und im Besitz sämmtlicher patriarchalischer Tugenden sind, an denen Germanien nach der Befauptung der Romantiker so reich ist.

Sie hatte vielmehr frische, rothe Nürnberger Puppenbacken, an den Schläfen lose Korkeierlockchen, neckische Augen, noch kein einziges graues Haar und eine zierliche Taille, deren Vorsätze durch ein enges Korsett ins rechte Licht gesetzt wurden. An Stern und Schläfen zeigten sich freilich die ersten bösen Wangeln; an den Heren wären sie ihr lieber gewesen, aber die Falten sind ja leider immer so eigenständig, an den sichtbarsten Stellen ihre Fingerringe zu ziehen. Auch ihre Nase verweilte, und an der Spitze zeigte sich eine verdächtige Röthe, was um so verdrießlicher war, als sie mit der Farbe der Waden übereinstimmte.

Ihre Eltern hatten sie als einzige Erbin verzogen, ihr Mann vermögend, Straßburg bewundert, ihre Töchter, die sie innig liebte, verhätschelt, und so trug sie noch immer rosa Kleider, kurze Röcke und an der Spitze ihres Korsetts, das ihre Taille hervorhob, ein zartes Schleifen.

Sieht ein Pariser die Baronin auf dem Boulevard vorübergehen, so lächelt er und verurtheilt sie ohne mildernde Umstände. Der Spötter ist stets oberflächlich und deshalb grausam, und ein Schall übersieht, wieviel Antheil an allem Lächerlichen, worüber er lacht, auf die Gesellschaft fällt. Die Natur hat nur Thiere geschaffen, den gesellschaftlichen Verhältnissen aber verdanken wir die Dummköpfe.“

(Fortsetzung folgt.)

gebort in Masse organisiert und zur Landesverteidigung jene titanischen Kraftanstrengungen, leitete, welche die Führer der deutschen Armee mit banger Besorgniß erfüllte, und den Ruhm Gambetta's, der nur die Firma war, begründet haben: Freycinet ist ohne Zweifel einer der bedeutendsten militärischen Organisatoren des modernen Europa, und — er ist „Zivilist“, der niemals in die Beschränktheit des Fach- und Militärs verfiel. Und das war ein Glück für sein Land.

Jetzt nach Freycinet's Sturz ist ein Fachmilitär ins Kriegsministerium eingezogen, und mit ihm „der militärische Geist“, der sehr wohl der Republik gefährlich werden könnte. —

Frankreich. Man schreibt uns aus Paris, dem 15. Januar 1893:

Am Abend des 14. Januar drängten sich dicke Scharen zum großen Saale Tavoli-Vaughall hin, wo das von sozialistischen Abgeordneten einberufene Meeting stattfinden sollte. Mehrere hundert Polizei-Agenten in Uniform waren vor dem Versammlungsorte aufgestellt. Trotz des abentheuerlichen Wetters war der Besenfaal zum Erdrücken voll; Cluseret führte den Vorsitz; die Abgeordneten der äußersten Linken waren fast vollständig erschienen. In einer zündenden, formvollendeten Ansprache legte Abgeordneter Millerand, der an erster Stelle das Wort erhielt, den Zweck der Versammlung und die der sozialistischen Partei zufallenden Aufgaben dar. „Bürger“, begann er, „die kritische Periode, in der sich die Republik befindet, schafft der sozialistischen Partei eine bedeutende Rolle, legt ihr große Pflichten auf. Die erste, die dringendste besteht darin, daß sie alle ihre Kräfte ohne Ausnahme für die friedliche und entscheidende Schlacht der allgemeinen Wahlen einigt und konzentriert.“ Der Redner erinnerte daran, daß er schon seit langer Zeit eine solche Taktik verfolgt habe, bei der Wahl Lafargue's zu Lille, in einer großen Versammlung zu Lyon und noch leiblich bei der Erziehung zu Carmaux; jetzt sei er zu dem Meeting gekommen, um in Paris dieselbe Pflicht zu erfüllen und den Sozialisten aller Schattierungen, aller Schulen zuzurufen: „Einigt Euch, vergeßt alle Meinungsverschiedenheiten der Vergangenheit, hört auf mit den unfruchtbaren Vorwürfen. Die Verhältnisse sind zu ernst, als daß Ihr das Recht hättet, Euch denselben hinzugeben.“ Alle stimmten ja darin überein, fährt er fort, eine neue politische Verfassung zu verlangen, „einen demokratischen Organismus, wo die Souveränität des Volkes durch häufige Wahlen, durch die Einführung des Referendums wie in der Schweiz, durch eine weitgehende Dezentralisation, durch die direkte Vertretung der Arbeitsinteressen wirklich gesichert wird.“ Gleichfalls sei man einig in der Forderung der Revision auf sozialem Gebiete zur Beseitigung der Klassengegensätze, die trotz aller Abmilderung in Wirklichkeit sich rauh genug fühlbar machten. Neben der Einigkeit läge der sozialistischen Partei eine andere Pflicht ob, die nämlich, die Ruhe, die Stabilität und die volle Selbstbeherrschung zu bewahren; niemand solle sich durch die Herausforderungen der Aktionäre zu Unbesonnenheiten verleiten lassen. Mit Naturnothwendigkeit werde aus der kapitalistischen Fäulniß, wie sie der Panamassandal bloßgelegt, wie aus einem bedrückenden Dünghaufen der kräftige und herrliche Baum des Sozialismus hervorwachsen, der in seinem Schatten den künftigen Geschlechtern eine Zukunft gewähren wird. Millerand schließt unter rauschendem Beifall mit den Worten: „Es lebe die sozialistische Einigkeit zur Errettung der sozialen Republik!“ Ihm folgt Genosse Guesde auf der Rednertribüne; derselbe erklärt sich mit den Worten seines Freundes Millerand vollkommen einverstanden; es sei Zeit, die Streitereien der Vergangenheit zu begraben; seine Partei habe diesen Standpunkt seit lange offiziell in ihrer Presse und auf ihren Kongressen vertreten; man soll nicht mehr fragen: Seid Ihr seiner Zeit mit Boulangere gegangen, oder habt Ihr Euch auf Seiten der Republikaner gestellt? Die Vergangenheit sei todt, man solle an die Gegenwart und Zukunft denken. Mit dem Rufe: „Es lebe die konstituierende Versammlung, es lebe die soziale Revision!“ verläßt er die Tribüne; reicher Beifall folgt seinen Schlussworten. Die weiteren Redner, unter denen wir die Abgeordneten Ferrou, E. Roche, Granger und Chiché hervorheben, geben ähnliche Erklärungen ab; die Genossen Ferrou und Rouffet betonen namentlich den internationalen Charakter der Bewegung. Seit langer Zeit hat in Paris kein Meeting einen so imponanten Eindruck gemacht, und es ist zu erwarten, daß die Bewegung, welche diese mit großer Begeisterung ausgesprochen und angenommenen Gedanken in Thaten umgesetzt wird, ein gut Stück opportunistischer Fäulniß bei der nächsten Wahlen wegwegen wird; gelangt auch keine sozialistische Majorität in die Kammer, so ist doch eine starke Minorität vollaus im Stande, geküßt auf die Pariser Arbeiterbevölkerung, die kapitalistische Regierungsmaschine, welche schon jetzt bedenklich stockt, gänzlich lahmzulegen. —

Der sozialistische Studentenverein von Paris hat beschlossen, eine öffentliche Versammlung einberufen, um gegen die Verhaftung und Ausweisung der polnischen Genossen, über die wir kürzlich berichteten, Protest zu erheben. Die Genossen Guesde, Lafargue und Bailant haben bereits versprochen, in diesem Meeting als Redner aufzutreten. —

Die allgemeine Mohrenwäsche hat in Paris noch nicht begonnen — die Herren Bekleideten stecken noch zu tief in der Tinte; — inzwischen ist eine Mohrenwäsche in vollem Gange. Herr von Mohrenheim ist der russische Gesandte und er wurde beschuldigt, Panamagelder geschluckt zu haben. Den französischen Chauvinisten ist das fatal, — sie suchen ihren Mohrenheim weiß zu waschen; wir aber erinnern uns der klassischen Worte „Väterchens“ Nikolaus: „In meinem Reich sichtsicht Jeder, außer mir.“ Und Herr Mohrenheim hat zwar einen deutschen Namen, ist aber ein guter Russe. —

Ueber den Arbeiterkongress in Bradford — siehe unseren Brief aus England — wird uns aus Bradford, d. d. 14. Januar, geschrieben:

Der Kongress zur Gründung einer unabhängigen Arbeiterpartei ist von 115 Delegirten besucht, von denen 91 denselben Namen tragende Lokalvereinigungen vertreten, die in Hinblick auf die Konstituierung einer solchen Partei bereits ins Leben getreten sind. 11 Delegirte gehören der „Fabian Society“ an, 4 Lancashire Sektionen der Sozialdemokratischen Föderation, und 7 sind von zentralisierten Arbeiterorganisationen geschickt. Zum Vorsitzenden wurde mit großer Majorität Herr Hardie gewählt, zum zweiten Vorsitzenden W. D. Drem von Bradford. Von über England hinaus bekannten Persönlichkeiten aus der sozialistischen und Arbeiterbewegung Englands sind nur wenige anwesend, die Meisten verhalten sich aus den in meinem letzten Schreiben entwickelten Gründen abwartend. Andererseits ist auch H. D. Champion nicht auf dem Kongress erschienen, sondern hat sich mit einem Glückwunsch-Schreiben an denselben begnügt. Doch ist der Kongress insofern angemessen besucht, als Delegirte aus allen Distrikten Englands anwesend sind und alle namhaften Fraktionen der Arbeiterbewegung, wenn auch nicht in gleich ansehnlicher Stärke vertreten sind. Die Delegirten der unabhängigen Arbeiterpartei sind zum großen Theil zugleich Beamte von Trades Unions etc. Das Arbeiterelement überwiegt entschieden.

Von mehr geschäftlichen Angelegenheiten abgesehen, wurden am ersten Tage zwei Punkte von Bedeutung erörtert: Die Frage des Namens und Ziels der Partei und die Frage ihrer Orga-

nifikation. In ersterer Hinsicht wurde ein etwas widersprechender Beschluß gefaßt. Die Schotten hatten vorgeschlagen, die neue Partei „Sozialistische Arbeiter-Partei“ zu nennen, während von London vorgeschlagen war, den Namen „Unabhängige Arbeiter-Partei“ beizubehalten. Darüber stritt man nun mit enormer Heftigkeit. Fast sämtliche Delegirte erklärten sich selbst als Sozialisten, aber die meisten meinten, wenn man den Titel „sozialistisch“ annehme, so würde man die Gewinnung noch nicht sozialistischer Arbeitervereinigungen ungemein erschweren, und schließlich drang auch diese Ansicht durch. Gut. Als aber gleich darauf über das Ziel der Partei verhandelt und der Antrag der Gewerkschaften (Gewerkschaften) Sektion der Sozialdemokratischen Föderation verlesen wurde, als dasselbe die Verwirklichung der Umwandlung aller Produktions-, Zirkulations- und Distributionsmittel in Gemeineigentum zu erklären, herrschte darüber die schönste Einmütigkeit. Mit 91 gegen 16 Stimmen wurde der Antrag unter großem Applaus angenommen. Man muß indes der Jugend der Bewegung etliches zu Gute halten.

Ein Vorkommniß während der Debatte über den Namen der Partei glaube ich erwähnen zu müssen, weil es die deutsche Sozialdemokratie direkt angeht.

Ein Delegirter aus Lancashire hatte für den Titel „Sozialistische Arbeiterpartei“ gesprochen und u. a. auf die faule Haltung der bisherigen englischen Arbeiter-Abgeordneten und die Erfolge der deutschen Sozialdemokratie hingewiesen. Da erhob sich der vom Doctortitel her bekannte Ven Lisset und hielt im Predigerton eine Pause, worin er die deutschen Sozialdemokraten als revolutionäre Präparatisten hinstellte, die davon ließen oder unter's Bett kröchen, wenn es gelte, ihre Sache zu vertreten, während die englischen Trades-Unionen, auch die alten, Sozialisten im besten Sinne des Wortes seien. Dieser von ebenso viel Unwissenheit wie Ueberhebung — dem guten Lisset sind eben keine Erfolge und die Reklamen der Bourgeois-Prese in den Kopf geschlagen — zugehende Angriff wurde zwar sofort von englischen Delegirten zurückgewiesen, als aber am Beginn der Nachmittags-Sitzung der Vorsitzende im Namen des Bureau den als Zuschauer und Berichterstatter anwesenden Gd. Bernstein ersuchte, als Gast auf dem Bureau Platz zu nehmen, nahm dieser in seiner Ansprache an den Kongreß Gelegenheit, unter Vorführung einer Reihe von Thatsachen aus der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie und der unzähligen Beweise von Muth, Ausdauer und Opferwilligkeit, welche die deutschen Sozialisten an den Tag gelegt, energischen Protest gegen Lisset's Ausführungen zu erheben. Die Thatsachen, die Bernstein vorführte, und der Protest selbst wurde vom Kongreß mit demutrotrivem Beifall aufgenommen. Eine Resolution, welche die Gefühle des Kongresses in dieser Hinsicht ausdrückt, wird, wie ich höre, bei dem geeigneten Gegenstand der Tagesordnung zur Diskussion gestellt werden und ist einstimmiger Annahme sicher.

In Bezug auf die Frage der Organisation lehnte der Kongreß den Vorschlag, der Partei eine streng zentralistische Verfassung zu geben, ab und beschloß, sie angesichts der eigenartigen Verhältnisse der englischen Arbeiterbewegung auf föderalistischer Basis zu halten. Die Leitung der Partei soll aus einer Exekutive von 15 Mitgliedern bestehen, die proportionell von den Vertretern der verschiedenen, dazu abgetheilten Distrikte des Landes gewählt werden. Der Generalsekretär, der vom Plenum des Kongresses gewählt wird, ist gleichfalls Mitglied der Exekutive.

So viel für heute. Ueber das Programm der Partei, das soeben beraten wird, und verschiedene andere wichtigere Punkte in meinem nächsten Briefe. Die Sozialprese und soviel ich sehe, auch die Londoner Presse schenkt dem Kongreß große Aufmerksamkeit; soviel oder so wenig er für den Moment vertritt, ist er doch kein unwichtiger Faktor für die möglicherweise sehr bald notwendig werdende Neuwahl.

Cleveland's Sieg bei der letzten amerikanischen Präsidentswahl ist, wie wir gleich zu Anfang hervorhoben, keineswegs der durchschlagende Sieg des Freihandelsprinzips, für den die europäischen, und namentlich auch die deutschen Freihändler ihn ausgegeben haben. Die Demokraten, deren Kandidat Cleveland war, sind durchaus keine unbedingten, sondern im Gegentheil sehr bedingte Freihändler. Und außerdem hat Cleveland bei der Wahl gar nicht einmal eine absolute Majorität gehabt. Die Zahl der für ihn abgegebenen Stimmen beträgt 5 567 990, während Harrison, der Kandidat der republikanischen Schutzzöllner, 5 176 611 Stimmen hatte. Auf Weaver, den Kandidaten der „Volkspartei“, vereinigten sich aber 1 025 000 Stimmen, die zum großen Theil Schutzzöllnern angehören, und auf Bidwell, den Kandidaten der Prohibitionisten, die jede Einfuhr, mit Ausnahme der notwendigsten Rohprodukte, ganz verbieten wollen, 258 847 Stimmen. Die sozialistischen und rein freihändlerischen Stimmen, die für Wing abgegeben wurden, betragen nicht 100 000. Aus diesen Zahlen erhellt, daß die Freihändler und Halbfreihändler in der Minorität sind. Dies erklärt, warum Cleveland keine Neigung hat, die Tarifänderung zu beschleunigen.

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission des Reichstags. Die Kommission begann heute die Veratung des Postetat und nahm eine Resolution an, in welcher die verbündeten Regierungen aufgefordert werden, das System der Alters-Dienstzulagen für die Unterbeamten der Postverwaltung einzuführen, ohne daß die Beamten dadurch gegen die jetzigen Gehaltsbezüge und Aufzählungen geschädigt werden.

In der vorausgegangenen Diskussion hatte der Regierungsvertreter wiederholt auf die Schwierigkeiten der Regelung der Frage hingewiesen und betont, daß die Verwaltung sich einzig und allein von Wohlwollen und Milde gegen die ihr unterstellten Beamten leiten lasse, sonst hätte sich derselbe Chef nicht 25 Jahre halten können. Dies gab dem Abg. Singer, der das Prinzip der Alters-Dienstzulagen den Vorgängen in der Postverwaltung gegenüber verteidigt hatte, Veranlassung zu der Erklärung, daß in dem Reffort der Postverwaltung der ausgeklügelte Despotismus vermischt mit einigen wohlwollenden Instinkten herrsche, und daß der Stephan der ersten 15 Jahre grundverschieden von dem Stephan der letzten zehn Jahre sei. Im Verlaufe der weiteren Veratung, welche zunächst die Bewilligung der Einnahmehilfe herbeiführte und dann zu den Ausgaben überging, brachte der Abg. Singer auch die bekannte Cholerafammlung unter den Postbeamten zur Sprache.

Der Redner hatte nichts daran anzusehen, daß aus den zur Verfügung stehenden Fonds Unterzulagen gegeben worden seien, tadelte jedoch, daß seitens der Vorgesetzten zu Sammlungen aufgefodert und dadurch indirekter Zwang auf die Beamten, namentlich die Unterbeamten ausgeübt worden sei.

Direktor Dr. Fischer behauptete, daß die Sammlung durchaus freiwillig aus der Initiative der Beamten heraus vorgenommen sei und daß die Postverwaltung keinerlei Einfluß ausgeübt habe.

Abg. Dr. Schäbler brachte die Urlaubsverhältnisse im Postdirektionsbezirk Hamburg zur Sprache und erhielt die Zusicherung einer Untersuchung der von ihm vorgetragene Fälle. Vorher hatte Abg. Dr. Lingsch vom Zentrum die Sonntagstube der Postbeamten gestreift, abgesehen von einzelnen Fällen, die er zur Verächtlichung empfahl, die jetzigen Einrichtungen als befriedigend erklärt.

Den Titel, der die Gehälter der Postassistenten umfaßt, benutzte Abg. Singer, um in längeren scharfen Ausführungen die Reichspostverwaltung wegen ihres Verhaltens gegen den Postassistenten-Verband anzugreifen. Der Redner rekapitulirte die Vorgänge auf diesem Gebiet und theilte mit, daß eine „vertrauliche“ Verfügung des Direktors Dr. Fischer an die Oberpostdirektion ergangen sei, in welcher verlangt ist, daß die Postdirektoren die Theilnahme der Assistenten an dem Verhandlungstage vereiteln und verhindern sollten, daß der bereits erteilte Erholungsurlaub dazu benutzt werde.

Die Verfügung, welche der Oberpostdirektor Köhne in Düsseldorf im Dezember vorigen Jahres bezüglich des Postassistenten-Verbandes erlassen hat, wurde von dem Redner scharf und eingehend kritisiert.

Das Recht der Verwaltung, sich in die außerdienstliche Thätigkeit der Postassistenten einzumischen, bestritt Singer sehr energisch. Der Redner reklamierte für die Postassistenten wie für alle Staatsbürger und Steuerzahler das uneingeschränkte Vereins- und Versammlungsrecht und protestirte dagegen, daß die Düsseldorf'sche Verfügung sich herausnimmt, von „Nadelstüchern“, „Strafbaren und verwerflichen Bestrebungen“ des Verbandes zu sprechen. Die Verwaltung hat kein Recht — so schloß der Redner — ihre Beamten wie eine Verbrecherbande zu behandeln und sie durch Strafmaßregeln der verschiedensten Art zur Verzichtleistung auf jede selbständige Regung zu zwingen. Es sei hohe Zeit, daß die Maßregelungen gegen den Postassistenten-Verband aufhören.

Die Männer, welche durch das Vertrauen ihrer Kollegen zu leitenden Stellungen berufen sind, dürfen nicht länger die Opfer der Verfolgungssucht der Vorgesetzten bleiben. Für Verfügungen wie die Düsseldorf'sche sei der Staatssekretär mitverantwortlich und möge derselbe gefälligst seinen nachgeordneten Organen klar machen, daß es nicht in ihrer Bestimmung liegt, in die staatsbürgerlichen Rechte der Postassistenten einzugreifen.

Der Direktor Dr. Fischer nahm das Wort, um die Erklärung abzugeben, daß der Reichspostverwaltung von der Düsseldorf'schen Verfügung amtlich nichts bekannt sei und ließ durchblicken, daß dieselbe einen anderen als den veröffentlichten Inhalt haben könnte.

Der Oberpostdirektor Köhne in Düsseldorf sei zum Bericht darüber aufgefordert, ob er die Verfügung erlassen habe, und durch welche Vorgänge in seinem Bezirk sich die Nothwendigkeit derselben ergeben habe.

Auf die Bemerkungen des Abg. Singer näher einzugehen befehlten sich die Regierungsvertreter vor, weil die Sitzung der Kommission wegen Beginn der Plenarsitzung geschlossen werden mußte.

Die Wahlprüfungskommission erledigte gestern die auf Anlaß der Wahl des Abgeordneten von Heildorf (7. Marienburg) nothwendig gewordene Erhebung. In diesem Kreise standen sich feinerseit die Konservativen und Freisinnigen sehr scharf gegenüber, und in der Agitation versuchten sich die Ersteren nicht ohne Geschick und Glück im Sprengen von freisinnigen Wählerversammlungen. Da bei diesen Sprengübungen in einem besonderen Falle sich der Herr Landrath an die Spitze der Sprengkolonne stellte, so glaubten die überfallenen Freisinnigen in diesem Falle sich Beschwerde führend an die Wahlprüfungskommission wenden zu sollen. Diese beschloß, dem Reichstag zu empfehlen, den Fall der Regierung zur Kenntnisknahme zu überweisen, womit die Sache erledigt sein wird, da der Herr Landrath selbstverständlich — bona fide gehandelt hat. Es ist eben ganz was anderes, ob die Konservativen unter Führung des Landraths eine Versammlung sprengen, und wieder etwas anderes, wenn Arbeiter, denen die Polizei jedes Lokal zu Versammlungen abtreibt, in ihrem Arger darüber eine gegnerische Versammlung besuchen. Letzteres ist Hausfriedensbruch, ersteres aber — Ausübung eines staatsbürgerlichen Rechtes.

Vom Bergarbeiterstreik.

Nach den Angaben des Wolff'schen Bureau's streikten am 17. Januar im Saarrevier nur noch 1402 Mann. Im nördlichen Auslandsgebiet soll die Zahl der Streikenden auf 9745, die sich auf 30 Bezirke vertheilen, zurückgegangen sein. In Wanne wurde, wie Wolff weiter berichtet, am 18. Januar unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten Städt eine Veratung mit den Regierungspräsidenten von Arnshberg, Düsseldorf und Münster, sowie den Landräthen und den Ober-Bürgermeistern aus den betheiligten Kreisen über die Auslandsbewegung abgehalten. Die Lage wird nach der „Rheinischen Zeitung“ immer noch für ernst angesehen, die erforderlichen Maßregeln werden angeordnet.

Das Depeschens Bureau Herold bringt aus Essen a. d. Ruhr noch folgende Mittheilung vom 17. Januar: Heute wurden nicht weniger als vier Versammlungen in einem Lokal anberaumt, um 4, 5, 6 und 7 Uhr. Nur die um 6 Uhr anberaumte wurde gestattet. Zwei Redner suchten die Berechtigung des Ausstandes nachzuweisen; ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Neu ausständig ist heute die Belegschaft der Zeche „Schamrock“. Es streikten noch 9740, in welcher Zahl auch die abgelegten Bergleute enthalten sind.

Parteinachrichten.

Gegen die Militärvorlage protestirten ferner der Wahlverein zu Altendorf (Ref. Albert-Chemnitz) und Volksversammlungen in Kellinghusen (Ref. Theib-Hamburg), Kensefeld bei Schwartau (Ref. Hug-Bant), Wolsdorf (Ref. Mehger-Hamburg).

Aus dem sächsischen Landtage scheiden dieses Jahr aus bzw. sind bereits ausgeschieden zwei Sozialdemokraten (Lieblincht-Chemnitz-Stadt und Goldstein-Leipzig-Land), 3 Fortschrittler, 3 Nationalliberale und 20 Konservativ. Die Neuwahlen finden im Herbst statt.

Gemeindevahlen. Der Nekurs, welchen die Ultramontanen gegen den ihnen ungünstigen Ausfall der letzten Mainzer Stadtverordneten-Wahl erhoben hatten, ist vom Provinzialausschuß als unbegründet abgewiesen worden. Die Schwarzgen haben die Kosten des Verfahrens sowie einen Aversionalbeitrag von 10 Mark zu zahlen. — Der Protest, welchen die Grimmitzschauer Genossen gegen Unregelmäßigkeiten erhoben hatten, welche bei der Stadtverordneten-Wahl vorgekommen sein sollten, ist von der Kreishauptmannschaft zurückgewiesen worden. In dem Protest war behauptet, es sei nicht festgestellt worden, ob die Wahlurnen vor Beginn der Wahl leer waren, ferner sollten Mitglieder der Wahlausschüsse Wahlschepperei getrieben haben. Nach dem Entscheid der Kreishauptmannschaft würde also die Wahl in schäufster Ordnung vor sich gegangen sein!

Gewerbegerichtswahlen. Die Genossen in Mülhausen im Elsaß haben bei den Wahlen zum Gewerbegericht einen glänzenden Sieg über die vereinigten Gegner errungen. Von 1254 Wählern der Arbeiterklasse, welche ihre Stimme abgaben, haben 965 für die Kandidaten des sozialdemokratischen Arbeiter-Wahlvereins gestimmt; die Liste der vereinigten Gegner (katholische und protestantische Männervereine und „liberale Arbeiterpartei“) erzielte ganze 285 Stimmen!

Orts-Krankenkassen-Wahlen. Bei der Wahl der Arbeitervertreter zur Generalversammlung der Orts-Krankenkasse in Neustadt a. d. Orla siegte die sozialdemokratische Liste. Bei der Wahl des Vorstandes wurden demgemäß die zwei zu wählenden Vorstandsmitglieder aus den Reihen unserer Parteigenossen entnommen. — Bei den Wahlen zur Allgemeinen Orts-Krankenkasse in Remscheid siegte in der Klasse der Arbeitervertreter unsere Liste mit ca. achtfacher Majorität. Wir erhielten 592, die Gegner 75 Stimmen.

Von der Agitation. Ein Flugblatt, betitelt „Die Sozialdemokratie und ihre Gegner“, wurde am Sonntag in vielen Tausend Exemplaren in sämtlichen Ortschaften des 17. h. n. d. v. r. h. a. h. l. r. e. i. s. e. s. verbreitet. Die Genossen, welche auch sonst noch Agitationschriften mitgenommen hatten, fanden überall gute Aufnahme. An manchen Stellen wurde sogar mehr an Agitationsmittel verlangt, als geboten werden konnte.

Ihre Zustimmung zu den Beschlüssen des Berliner Parteitages erklärten noch die Parteigenossen in Gmden.

Genosse Laifepen in Solingen hat nicht, wie uns von dort geschrieben wurde, in der Hülshelder Versammlung gegen die Beschlüsse des Berliner Parteitages gesprochen, auch nicht dagegen gestimmt und auch nicht zu einer Versammlung eingeladen, die sich gegen jene Beschlüsse richten sollte. Das ist sehr erfreulich, und wir wollen daher auf die unangemessene Art und Weise, in welcher diese berichtende Mittheilung in der „Berghischen Arbeiterstimme“ gemacht wurde, nicht weiter eingehen.

Der Parteitag der rheinischen Sozialdemokratie trat am 15. Januar in Düsseldorf zusammen. Vertreten waren 48 Orte durch 66 Delegirte. Außerdem waren anwesend die Mitglieder des rheinisch-westfälischen Agitationskomitees, der Reichstags-Abgeordnete Harm und seitens des Parteivorstandes Genosse Gerich, Grimpe eröffnete Vormittags 11 Uhr die Sitzung mit einem Hinweis auf den Ernst der politischen und wirtschaftlichen Lage, in der sich zur Zeit Deutschland sowie ganz Europa befindet. Hierauf wurden in das Bureau gewählt: G. e. w. e. h. r. und Kurt als Vorsitzende, Krewinkel, Albert, Winterberg und Kleiner als Schriftführer. Vor Eintritt in die Tagesordnung besprach G. e. m. e. l. den Bergarbeiterausstand und schloß folgende Resolution vor: „Der heute in Düsseldorf tagende Parteitag der rheinischen Sozialdemokratie brüdt den auf den sozialistischen Gruben im Saarrevier freilegenden Bergarbeitern seine Sympathie aus, protestirt gegen die Maßregelung von tausenden von Arbeitern durch den Arbeitgeberstaat, und vertritt die Gemahregelten nach Kräften zu unterstützen.“ (Diese Resolution wurde nach Erledigung des zweiten Punktes der Tagesordnung einstimmig angenommen.) Den Bericht der rheinischen Agitationskommission erstattet hierauf Grimpe. Derselbe führt ungefähr aus: Es ist das dritte Mal nach dem Fall des Sozialistengesetzes, daß wir im Rheinland zu einem Parteitag zusammengetreten. Den ersten Parteitag hielten wir in Köln ab; dort wurde auch die Wahl einer Agitationskommission beschlossen, deren Thätigkeit durch die Beschlüsse des zweiten Parteitages in Koblenz noch nähere Bestimmung erfahren. Seitdem arbeitet die Kommission und zwar mit bestem Erfolge. So wurden in Verfolg eines Beschlusses des Koblenzer Parteitages, alljährlich eine große Agitationstour durch Rheinland zu veranstalten, im vergangenen Sommer durch den Abgeordneten Mollenhuth in 24 Städten 29 Versammlungen abgehalten. Der Agitation war vielfach hinderlich der Mangel an Lokalen, sowie die Saumseligkeit der Genossen, die ihre Wünsche über abzuhalten Versammlungen erst dann äußerten, als Mollenhuth bereits abgereist war. In sefter Verbindung steht die Agitationskommission mit 23 von den 25 Wahlkreisen des Rheinlands. Flugblätter und Broschüren wurden in großer Zahl verbreitet, so die Broschüre über Sozialismus und Antisemitismus, welche in einer Auflage von 20 000 zur Vertheilung gelangte. Auch die Presse hat gute Fortschritte gemacht. Während früher die „Elberfelder Freie Presse“ das einzige Sprachrohr des arbeitenden Volkes war, sind jetzt im Rheinland 6 sozialdemokratische Zeitungen vorhanden, die zusammen vier Mal so viel Abonnenten haben, als früher die „Freie Presse“. Dem Beschlusse des Koblenzer Parteitages, 10 p. Ct. der betlichen Einnahmen an das Agitationskomitee abzugeben, ist man nicht überall nachgekommen. Es sind nur von 32 Orten Gelder eingegangen, während namhafte Partei-Orte nichts abgeliefert haben. Eingenommen hat das Komitee insgesamt 1853 M. 2 Pf. (darunter 600 M. Zuschuß vom Parteivorstand), ausgegeben 1542 M. 45 Pf. Die nun folgende Diskussion brachte eine Menge drastischer Schilderungen über die Schwierigkeiten, welche die Genossen bei ihrer Agitation in den Hochburgen des Zentrums zu überwinden haben. Andererseits wurden auch wieder die alten Klagen aller Parteitage laut: die Forderung nach mehr Rednern, nach besserer, billigerer und gemeinschaftlicherer Literatur. Auch der folgende Punkt der Tagesordnung: Agitation, Organisation und Presse, brachte im Wesentlichen nur dieselben Klagen, Wünsche und Beschwerden, die in der vorhergehenden Diskussion laut geworden waren. Alle zu diesem Punkte eingegangenen Anträge wurden schließlich dem Agitationskomitee zur Berücksichtigung überwiesen. Für das letztere wurde als Sitz wiederum Elberfeld bestimmt. Ueber den folgenden Punkt des Tagesordnung Die Gewerbevereine und die Arbeiter, referirte Genosse Land in eingehender Weise. Den Genossen wurde dann in einer Resolution empfohlen, sich da, wo es immer nur angeht, an den Gewerbevereine, sowie Gemeinderaths-Wahlen zu betheiligen. Die Bescheidung des internationalen Kongresses zu Zürich wird den einzelnen Wahlkreisen überlassen. Ueber die nächsten Reichstags-Wahlen referirte Genosse W. e. s. c. h. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, das Agitationskomitee solle dafür Sorge tragen, daß im Falle einer Auflösung des Reichstages sofort ein allgemein gehaltenes Flugblatt zur Vertheilung gelangt. Von einer Aufstellung von Kandidaten durch den Parteitag für die in Betracht kommenden Wahlkreise wurde Abstand genommen, mit der Motivierung, man wolle dies den Kreisen überlassen. Nach Erledigung einiger unwesentlichen Anträge wird der Parteitag Abends 9 1/2 Uhr mit einem begeisterten ausgenommen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen.

Todtenliste der Partei. Gestorben in Bogtsberg Genosse Arthur Hellmann, Vorsitzender des dortigen Arbeitervereins. — In Bremen der Bismarckarbeiter Hermann Bressler, 81 Jahre alt. Derselbe war einer der wenigen Achtundvierziger, welche ihren damaligen Idealen treu geblieben sind. Er schloß sich frühzeitig der Sozialdemokratie an und wirkte für sie, soviel er vermochte.

Polizeiliches, Gerichtliches etc. — Es bestätigte sich leider, daß der Genosse Mathies aus Elbingerode wegen Meineids vom Magdeburger Schwurgericht zu 2 Jahren Zuchthaus verurtheilt und ein Zeuge namens W. e. i. d. n. e. r., der zu seinen Gunsten ausfragte, wegen dringenden Verdachts des Meineids auf Antrag des Staatsanwalts verhaftet wurde.

— Gehausucht wurde, wie der Niederrheinischen Volkstribüne aus Duisburg gemeldet wird, bei einem in Neudorf wohnenden, der Polizei als Anarchisten verdächtigen Arbeiter, Dyanmit und Bomben fand der betreffende Beamte nicht, dafür beschlagnahmte er unter anderen Schriften auch Goethe's „Faust“, Lessing's „Nathan der Weise“ und Kant's „Naturgeschichte des Himnells“! Die Schriften wurden dem Arbeiter natürlich bald wieder zugeföhrt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Mittwoch, den 18. Januar.
Opernhaus. Bastien und Bastienne.
 Der Waffenschmied.
Schauspielhaus. Des Meeres und der Liebe Wellen.
Festung-Theater. Heimath.
Wallner-Theater. Der Probepfeil.
Berliner Theater. König Richard III.
Deutsches Theater. Die Welt, in der man sich langweilt.
Kroll's Theater. Konzert.
Viktoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen.
Resdenz-Theater. Familie Pont-Biquet.
Neues Theater. Die Lore. Die kleine Marquise.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
 Fürstin Ninetta.
Adolph Ernst-Theater. Modernes Babylon.
Thomas-Theater. Die Gigerin von Wien.
National-Theater. Wilhelm Tell.
Alexanderplatz-Theater. Der Teufel, oder: Die Blinde von Paris.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
 Zum 25. Male:
Modernes Babylon.
 Gesangsposse in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannst. Coupletts theilweise von G. Görs. Musik von G. Steffens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.

Novität! Novität!
Der Dussel
 (Nulpus)
 Parodistisch-realistischer Vorgang in der Dachkammer, frei nach Ibsen und Tolstoi von Oscar Wagner.
 (Klemm-Edel. Martin Bendix.)
Alfred Bender
 in seinem neuesten Originalvortrag
Der Volksmund in Berlin.
 Blank, der beste Bauchredner.
 Anhaltender Erfolg.
Die Trockenwohner.



Passage-Panoptikum.
Neu!
 Das unerklärliche Verschwinden eines frei in der Luft hängend. Mädchens.

Castan's Panoptikum.

Tai-za-Wunder.
 Geheimnißvollste Seelenwanderung.
Lotosblume.
 Fantoche-Theater.
 Andere Illusionen.
 Sämmtlich ohne Extra-Entree.
 Entree 50 Pf., Kinder 25 Pf.

Etablissement Buggenhagen.

Morih Platz. Morih Platz.
 Täglich: Instrumental-Konzert.
Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Anschank von Vahenhofer Lagerbier, hell und dunkel.
 An Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt.
 Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.
 Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.

Schmiedel's Festsäle,
 Alte Jakobstr. 32,
 neben dem Thomas-Theater.
 Empfehle meine elegant ausgestatteten Säle, elektrisch beleuchtet, Theaterbühne etc. zur Abhaltung jeder Art Festlichkeit unter künftigen Bedingungen.
G. Schmiedel Wwe.

Circus Renz.

(Raristraße.)
 Mittwoch, den 18. Januar 1893,
 Abends 7 1/2 Uhr:

Große brillante Vorstellung.

U. A.: Mr. James Pills mit dem Schulpferde **Germinal.** Auftreten sämtlicher Künstlerpezialitäten 1. Ranges. Zum Schluß:

Ein Künstlerfest.

Große Ausstattungs-Pantomime mit überrasch. Licht- u. Wassereffekten, auf das Glanzvollste inszenirt vom Direktor **Fr. Renz.** Glänzender Blumen-Corso. Ballet von 100 Damen. Costime, Requisiten, Wagen vollständig neu.

Morgen, Donnerstag, Ab. 7 1/4 Uhr: Gr. Vorstellung mit neuem Programm und Ein Künstlerfest.
 Billet-Vorverkauf an der Zirkuskasse und beim Invalidentant, Karlgrafenstraße 51a.

Fr. Renz, Direktor.

Feen-Palast

Burgstraße, neben der Börse.
 Welt-Total Berlin, 5000 Pers. fassend.
 Täglich:

Spezialitäten-Vorstellung

mit großem Programm.
 Anf. Wochent. 7 1/2 Uhr, Sonnt. 6 Uhr. Kasseneröffnung 1 Std. vorher.
 Entree 50 Pf.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.

The Maatwoods, Rephisto-Alt.
3 Schwest. Peretti, preisgekr. Kunst-Rad-fahrerinnen
Braselli, amerikanische Produktion auf der freibühnen Leiter.
Mr. Rappos-Jenny, Jongleure und Equilibristen.
Mlle. A. Bollena, Instrumentalistin.
The Lee's, unbewachte Momente zweier Negerflaven.
Mr. Baruum m. f. dressirten Riesen-Doggen.
Theod. Zierrath, Panneemann.
Lilly Bellini, Kostüm-Soubrette.
 Anfang Wochentags 8 Uhr.
 Entree 50 Pf.

Aerzte,

welche gefonnen sind, die Behandlung von Mitgliedern eines lokalen Kartells eingeschriebener Hilfsklassen zu übernehmen, werden gebeten, ihre Adressen an Herrn **E. Goldammer,** Taubengasse 6, Erfurt, gelangen zu lassen. Die Statuten sämtlicher Kartellistischer Klassen gefalten ihren Mitgliedern, sich im Erkrankungsfall von Naturheilfundiigen behandeln zu lassen. 3584L

Grosser Wiener Masken-Ball

am Sonnabend, den 21. Januar, Abends 8 Uhr,
 im Lokale „**Königs Hof**“, Bülow-Strasse Nr. 37,
 arrangirt vom

Gesangverein „Frühlingsluft“

(Mitglied des V. S. V.)
 Um 12 Uhr Demaskirung, nach derselben Kaffeepause.
 Billets à 50 Pf. sind bei folgenden Komiteemitgliedern: Lehmann, Bülowstraße 13 bei Schröder; Carl Berger, Steglitzerstraße 18; Steinbrück, Kirchbachstraße 8; Wästhof, Bahnstraße 17 (Schöneberg); Schneedenhaus, Culmstraße 26, sowie in allen mit Plakaten belegten Handlungen zu haben.
 187/16
Das Komitee.

Löpfer Charlottenburgs.

Große öffentliche Versammlung

Donnerstag, den 19. Januar, Abends 6 Uhr,
 im Restaurant **Hermann Krause,** Bismarckstr. 74.
 Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Um zahlreiches Erscheinen bittet
 326/4
Der Einberufer.

Dr. Thompson's Seifenpulver
 ist das beste
 und im Gebrauch billigste und bequemste
Waschmittel der Welt.

3510 L

Dem Besitzer von „Eichen's Ruh“, Herrn **Ludwig Eichen** zum heutigen Wiegenfeste ein donnerndes Lebehoch!
 941b
 F. P. C. B. A. Z.

Freie Vereinigung

aller in der chirurgischen Branche beschäftigten Berufsgenossen.
 Allen Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied **Gustav Beeck** am Montag, den 16. Januar, früh 4 Uhr, im Alter von 25 Jahren plötzlich an der Kopfroße verstorben ist. Wir verlieren in ihm eines unserer ältesten Mitglieder. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. Januar, Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofes in der Prinzen-Allee aus statt.
 180/5
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

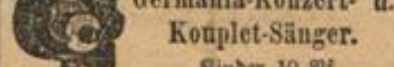
Am Montag, den 16. Januar 1893, früh 4 Uhr, verstarb plötzlich unser Kollege **Gustav Beeck** im Alter von 25 Jahren an der Kopfroße. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. Januar, Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofes in der Prinzen-Allee aus statt.
Die Kollegen der W. Elges'schen Werkstatt, Linienstr. 112, 948b

Danksagung.

Allen Freunden und Genossen, welche meinen guten Mann zur letzten Ruhe begleitet haben, sage ich meinen herzlichsten Dank.
 945b
Maria Laego nebst Kindern.

Gratweil's Bierhallen

Kommandantenstraße 77-79.
 Täglich:
Germania-Konzert- u. Komplet-Sänger.
 Kinder 10 Pf.
 Wochentags frei.
 Sonntags 30 Pfennig.



Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.
 Zwei Säle
 zu Versammlungen und Vergnügungen, sowie 6 Billards und 8 Regelbahnen.
F. Sadtke.

Achtung!

Da die Passauer sich weigern, meine Rechnungen zu bezahlen, so erlaube ich die Herren Maurerpoliere, sowie die Einseher, welche bei mir gearbeitet, mir ihre Adressen zu senden zu wollen.
A. Schönberg, Reichenbergerstr. 73a.

Die Beerdigung, welche ich gegen den Tischler Carl Schmidt gefahrt haben soll, nehme ich hiernit zurück, da ich ihn nur als Ehrenmann kenne.
 894b
O. Rühl.

Allen Genossen empfehle mein
Blumengeschäft nebst
Kranzbinderei
Aug. Krause, Wienerstr. 11.

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins
Andreasstr. 23. Sp.

Arbeitsmarkt.

Arbeiterinnen auf bessere Jaquets im Hause verlangt
 942b
J. Meyer, Brunnenstr. 62a, 3 Tr.

Vier grosse

Volks-Versammlungen

aller Arbeitslosen Berlins

Mittwoch, 18. Januar,
 Vormittags 9 1/2 Uhr,

1. Bock-Brauerei, Tempelhofer Berg,
 Referent: Reichstags-Abgeordneter August Bebel,

2. Konkordia-Festsäle, Andreasstr. 64
 Referent: Reichstags-Abgeordneter Paul Singer,

3. Brauerei Friedrichshain (Lips),
 Referent: Reichstags-Abgeordneter Dreesbach,

4. „Zum Schultheiss“ (fr. Eiskeller),
 Chausseestraße 88,
 Referent: Reichstags-Abgeordneter Wilh. Liebknecht.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit und die Nothstands-Interpellation der Sozialdemokratischen Fraktion vor dem Deutschen Reichstage.

Pflicht aller Arbeitslosen ist es, in diesen Versammlungen zu erscheinen.
Die Vertrauenspersonen.

Fachverein der Holz- u. Bretterträger

Berlin und Umgegend.
 Donnerstag, den 19. Januar, Abends 8 Uhr:
Versammlung
 im Restaurant Otto Klein, Schönleinstr. Nr. 6.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Retzeran. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom 1. Quartal. 4. Verschiedenes, Fragen. — Außerdem werden die Mitgliederkarten für 1893 verabfolgt. — Unser diesjähriger Maskenball findet am Sonnabend, den 18. Februar, in der „Neuen Welt“, Hasenheide, statt. — Der wichtigen Tagesordnung halber ersucht um zahlreichen Besuch
 179/4
Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse der Maler.

Donnerstag, den 19. Januar, Abends 8 Uhr:
Ordentl. Generalversammlung der Delegirten
 bei Deigmüller, Alte Jakobstraße 48a.

Tages-Ordnung:
 1. Wahl der Revisoren. 2. Befähigung eines Bureaubeamten. 3. Verlegung des Kassenlokals. 4. Verschiedenes.
Der Vorstand. H. Wenzler, Vorsitzender, Memelerstr. 61.

Laut Verfügung des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg ist der durchschnittliche Tageslohn für die Mitglieder der Kasse, und zwar

1. für erwachsene männliche Kassenmitglieder, auschl. der Lehrlinge, auf 3 M.,
 2. für männl. Kassenmitglieder unter 16 Jahren und für Lehrlinge auf 1,80 M.,
 festgesetzt worden. Die Kassenbeiträge betragen hiernach für die erste Klasse, d. h. Mitglieder über 16 Jahre, ausschließlich der Lehrlinge, 0,48 M., für Mitglieder unter 16 Jahren und für Lehrlinge 0,21 M.
 Die Bestimmungen treten mit dem 15. Januar 1893 in Kraft.
 943b
Der Vorstand.

Berein zur Wahrung der Interessen der Gast- und Schankwirth

Berlin und Umgegend.
General-Versammlung
 am Freitag, den 20. Januar, Nachmittags 5 Uhr, beim
 Kollegen **Kuhlmei,** Schönhauser Allee Nr. 28.

Tagesordnung:
 1. Kassenbericht. 2. Bericht der Revisoren. 3. Rechtschuhangelegenheiten und Neuwahl der Kommission. 4. Wahl des 1. Schriftführers. 5. Bericht der Statutenberathungs-Kommission. 6. Erklärung und Vorführung des neuen patentirten Reinigungs-Apparates für Bierdruckleitung. 7. Aufnahme neuer Mitglieder. 8. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
 Die Mitglieder werden hierdurch auf § 8 Abs. 3 des Statuts aufmerksam gemacht.
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird dringend ersucht.
 162/4
Der Vorstand.

Gesellschaftshaus Ostend, Rüdersdorferstraße 45.

Sonnabend, den 21. Januar 1893:
1. Stiftungsfest und Tanzkränzchen
 des Pseifenklubs „Felsenfest“
 (Mitglied des Bundes der gefelligen Arbeitervereine Berlins),
 unter gütiger Mitwirkung des Gesangvereins „Königliche Liedertafel“,
 Musik von Zivil-Verfassungsmusikern. Anfang 8 Uhr.
 172/8

Möbelpolierer.

Bersammlung sämtlicher arbeitslosen Möbelpolierer
 am Freitag Vormittag 10 Uhr
 bei **Schirmacher,** Andreasstraße Nr. 26.
 Tages-Ordnung: Die Arbeitslosigkeit und ihre Folgen.
 944b
Der Einberufer.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

23. Sitzung vom 17. Januar 1893, 1 Uhr.

Am Bundesrathliche: von Malhahn, von Niedel, von Moser u. a.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation Brömel, betreffend die Abänderung des amtl. Waarenverzeichnis zum Zolltarif. Die Interpellation ist von Mitgliedern der Freimüthigen, Volks- und national-liberalen Partei unterstützt und hat folgenden Wortlaut:

Sind seitens der verbündeten Regierungen Maßnahmen beabsichtigt, um die neuerdings in Aussicht genommene Abänderung des amtl. Waarenverzeichnis zum Zolltarif vor ihrer endgültigen Feststellung in solcher Weise zur öffentlichen Kenntniss zu bringen, dass die daran vornehmlich interessierten gewerbetreibenden Kreise ihre gutachtlichen Äußerungen darüber rechtzeitig abgeben können?

Staatssekretär v. Malhahn erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Zur Begründung derselben führt darauf

Abg. Brömel (Dfr.) aus, dass die in der Interpellation erhobenen Forderungen wiederholt schon im Reichstage erhoben worden seien. Die frühere Art der Publikation habe vielfach die gewerbetreibenden Kreise dadurch überrascht und geschädigt, dass gewisse Waaren durch andere Klassifizierung plötzlich zu einem bedeutend höheren Zollsaße herangezogen wurden. Die daraus hervorgegangenen Nachteile hätten durch frühere Veröffentlichung sehr gut vermieden werden können. Manche Geschäftszweige seien durch die veränderte Klassifizierung der betreffenden Waaren und die durch den höheren Zollsaße herbeigeführte Vertheuerung direkt ruiniert worden. Es brauche sich gar nicht um den ganzen Entwurf, auch nicht um die Einzelheiten zu handeln; es würde vollkommen genügen, wenn die wichtigsten der beabsichtigten Abänderungen im „Reichs-Anzeiger“ in einer Folge veröffentlicht würden, das die interessierten Kreise sich orientieren und ihre Gegenvorstellungen noch anbringen könnten. Hauptsächlich werde der Bundesrath der Berechtigung dieser Forderungen keine Augen nicht verschließen. Die Interpellation solle nur dem Wunsche Ausdruck geben, dass die verbündeten Regierungen die Hand bieten, die aus der bisherigen Praxis hervorgetretenen Uebelstände möglichst zu mildern.

Staatssekretär von Malhahn: Die neue Ausarbeitung des amtl. Waarenverzeichnis beruht auf einem Beschluss des Bundesraths vom 28. Januar 1892. Die neue Redaktion soll erst erfolgen, nachdem die Bundesstaaten mit eigener Zollverwaltung sich zur Sache geäußert haben. Ein neues Verzeichnis war nach Abschluss der Handelsverträge notwendig geworden. Der Entwurf ist zur Zeit fast fertig und wird vielleicht noch im Laufe dieses Monats, jedenfalls aber im Februar, an den Bundesrath gelangen. Die Bundesregierungen sind zunächst ersucht worden, ihre Wünsche in Bezug auf die Abänderung des Waarenverzeichnis zur Kenntniss des Reichstages zu bringen. Die bezüglichen Äußerungen sind im Laufe des Sommers eingegangen. Auf Grund des sehr umfangreichen gesammelten Materials ist ein vorläufiger Entwurf des Waarenverzeichnis im Reichs-Schaubuch aufgestellt und im August vorigen Jahres dem Bundesregierungen übermalt worden mit dem Ersuchen, ihre etwaigen Wünsche dem Reichstager mitzutheilen. Auch hierauf sind die Antworten eingegangen. Ueber einige Punkte hat sich eine eingehende, zeitraubende Korrespondenz entwickelt, und deshalb ist die Fertigstellung verzögert worden. Seitens der verschiedenen Regierungen in Deutschland sind unzweifelhaft schon die Wünsche der beteiligten Kreise, der Produzenten und Konsumenten im Lande gehört worden. Ob dies überall in der Form geschehen ist, das man die Handelskammern befragte, entzieht sich meiner Kenntniss. Nun wünscht die Interpellation, dass der dem Bundesrath vorzuliegende Entwurf noch einmal zur öffentlichen Kenntniss gebracht werden möchte; es sollen wenigstens die wichtigsten Bestimmungen des neuen Entwurfs veröffentlicht werden. Ich trage Bedenken, diesen Weg zu empfehlen; es würde sehr schwierig sein, dasjenige aus diesem umfangreichen Verzeichnis herauszufinden, was von allen Seiten als das Wichtigste angesehen wird. Die Publikation des vollständigen Entwurfs hat gewisse Bedenken, ich will nicht darauf Gewicht legen, dass dadurch der Zeitraum zwischen dem Inkrafttreten und der definitiven Feststellung so lang werden würde, dass er die vom Gesetz für Tarifänderungen vorgesehene Zeit überschreitet, aber zwei andere Schwierigkeiten liegen in der rein mechanischen Aufgabe, ein Werk von so großem Umfang zweimal drucken zu lassen, und in dem Bedenken, dass die Publikation von Vorlagen an den Bundesrath den auf die Verfassung gegründeten Gewohnheiten nicht entspricht, vielleicht sogar widerspricht. Es kann der Zweck der Interpellation aber auch auf andere Weise erreicht werden; der Reichstager theilt den Wunsch der Interpellanten, den beteiligten Kreisen die erbetene Möglichkeit zu gewähren, und er will seinerseits dahin wirken, dass die Befassung über den Entwurf so weit hinausgeschoben wird, dass den einzelnen Regierungen genügende Gelegenheit gegeben ist, ihre Handelskammern und ähnliche Körperschaften über etwaige Wünsche noch zu befragen.

Abg. Brömel verzichtet nach den letzten Erklärungen des Staatssekretärs, durch welche ihm der Zweck der Interpellation erreicht erscheint, auf eine Besprechung derselben.

Der Gegenstand ist damit erledigt.

Das Haus geht hierauf zur ersten Beratung der Novelle zum Branntweinsteuer-Gesetz fort.

Abg. Uhden (Df.), auf der Tribüne der Journalisten nur bruchstückweise verständlich, spricht sich für das Hopfspiritus-Monopol aus, welches sich als der beste Weg darbote, um allen finanziellen Schwierigkeiten ebenso wie der Nothlage der Brennerei ein Ende zu machen. Das Hopfspiritus-Monopol würde nach Abzug aller Kosten dem Reiche einen Netto-Ertrag von über 200 Millionen liefern, also weit mehr als die Militärvorlage erfordert; es würde die Möglichkeit des Fortbestehens aller Brennereien garantiren und endlich die Unsicherheit des Gewerbes und die Rückschläge ungünstiger Konjunktoren auf dasselbe beseitigen. Es würde dann auch das Getreide von der angeblichen Liebesgabe aus der Welt geschafft. Namentlich in Süddeutschland hätten sich die Beteiligten allgemein dahin geäußert, dass nur auf diesem Wege die deutsche Branntweinsteuer-Gesetzgebung zum Abschluss gebracht werden könne. Das abschließende Urtheil, welches der sozialdemokratische Abgeordnete Wurm gestern über den deutschen Kartoffelbau gefällt habe, entspreche gar nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Nicht aus Liebhaberei, sondern weil es die Bodenverhältnisse so verlangen, sei der Kartoffelbau in solchem Umfange nöthig geworden. Der Abg. Wurm sei bloß deshalb auf das platte Land und die angeblich durch Kartoffel- und Fufelgenuss degenerirte Landbevölkerung so schlecht zu sprechen, weil die Sozialdemokraten dort für ihre Agitation keinen recht empfänglichen Boden finden. (Zwischenruf bei den Sozialdemokraten.) Im weiteren wendet sich Wurm gegen das Verlangen des Abg. Witte, an die Stelle der Material- und Fabriksteuer die reine Konsumsteuer treten zu lassen. Die Vorlage bringe eine Verminderung des Kon-

sumptionsbetrages, worauf besonderes Gewicht zu legen sei, dann aber schlage sie eine Erhöhung des Steuerfußes vor, die bei den Deutschkonserwativen sehr erhebliche Bedenken erregte. Es werde jedenfalls wieder die Landwirtschaft sein, die für den erwarteten Mehrertrag aufkommen müsse und das mache den Konserwativen die Zustimmung zu dem Gesetz noch schwieriger. Was die Liebesgabe von 40 Millionen betreffe, so sei gestern schon von verschiedenen Seiten ausgeführt und auch von freimüthiger zugegeben worden, dass diese Liebesgabe den Brennern thatsächlich nicht zufällt. Wenn von Brennern geredet werde, die Hunderttausende von dieser Liebesgabe erhalten hätten, so seien das Märchen. Seine Zustimmung zu dem Gesetz sei nur eine provisorische, er hoffe, dass die endgültige Regelung auf anderer Basis erfolgen werde.

Abg. Barth (Dfr.): Die Liebesgabe muß als Novum in der ganzen deutschen Gesetzgebung immer wieder zur Erörterung kommen, daran ist nichts Verwunderliches. Neu in der Diskussion war nur die Behauptung des Herrn von Niedel, dass die Steuerdifferenz die Benachtheiligung der kleinen Brennereien zu verhindern bestimmt gewesen sei. Der Ausdruck Geschenk ist schlecht gewählt, das gebe ich zu. Geschenk ist eine freiwillige Gabe, davon kann leider nicht die Rede sein; freiwillig würden die Branntweintrinker auch nicht 40 Mark hergeben. Aber desto reizender ironisch ist der Ausdruck Liebesgabe gewählt, weil es eine Kontribution war; welche die störende Partei der besiegten 1887 auferlegte. Es handelt sich thatsächlich um einen Reichszuschuß zu den Produktionskosten der Brennerei. Aus dem Fonds, welchen die Branntwein-Konsumenten als Steuer zahlen müssen, gehen nur 110 Millionen in die Reichskasse, 40 fallen den Brennern zu. Die Behauptung des Herrn von Niedel im Zusammenhang mit jener andern, dass die Entschädigung in dieser Höhe wegen der Exportverminderung nöthig geworden sei, zeigt uns die Dinge in einem ganz andern Lichte, als in welchem sie uns 1887 dargestellt wurden. Die Brenner selbst sind in erster Linie für den Rückgang des Exports verantwortlich (Widerpruch rechts), sie haben zuerst gesündigt und die anderen Staaten sind ihnen erst nachgefolgt mit den gleichen Maßnahmen. Sonderbar ist jedenfalls die ausgleichende Gerechtigkeit, welche gegen Brenner und Brauer geübt wird. Die Brauer können ruhig die neue Auflage auf sich nehmen, welche durch die Verdoppelung der Brauersteuer entsteht, den Brennern aber überwiegt man 1887 nicht weniger als 40 Millionen, um sie vor den möglichen Schädigungen durch das neue Gesetz zu bewahren! Auch der Verein der deutschen Spiritusfabrikanten geht in einer und gemachten Eingabe jetzt von derselben Meinung aus. Die Beweisführung der Herren laborirt aber an verschiedenen Mängeln. Sie führen den Preisrückgang ins Feld, haben aber den hohen Spirituspreis von 49,4 nicht aus einer fünfjährigen Periode vor 1887 herausgerechnet, wie es der Vergleich wegen unerlässlich war, sondern aus einer achtjährigen. Die fünfjährige Periode vor 1881-86 hätte nur 45 M. ergeben. Andererseits hat sich der Preis auch in einem Jahre nach 1887 über 50 M. gehoben. Danach scheint mir nachgewiesen, dass das Branntweinsteuergesetz nicht das maßgebende bei der Preisbildung des Branntweins ist. Die statistischen Ziffern über die Kartoffelpreise ergeben ein vollständiges Korrespondiren derselben mit den Branntweinpreisen; ist die Ernte über mittel oder gut, so sinkt der Branntweinpreis, während er bei schlechten Ernten entsprechend steigt. Dieses Moment ist also offenbar bei der Preisbildung das ausschlaggebende. Es ist also auch unrichtig, dass das Branntweinsteuer-Gesetz für die niedrigen Preise des Branntweins von 1888 bis 1892 verantwortlich zu machen ist. Sobald die Kartoffelernte normalen Charakter erhält, werden auch die Preise des Branntweins normal bleiben. Es kann daher auch nicht die Rede davon sein, dass die Liebesgabe bis in alle Ewigkeit aufrecht erhalten werden müsse, um den Kartoffelbau für Deutschland zu erhalten. Wäre dies der Grund, dann muß doch der gesamte Kartoffelbau, nicht bloß ganz ausschließlich die Brennerei mit dieser Liebesgabe entschädigt werden. (Sehr wahr! Sehr richtig! links.) Was Herr v. Niedel gestern vortrug, ist übrigens schlagend durch seinen Kollegen aus Württemberg widerlegt worden, der uns detaillirt bewies, dass die Produktionskosten in Süddeutschland um fast 20 M. gegen 19,70 M. höher sind als in Norddeutschland, und deswegen könnten die Brenner die Liebesgabe nicht entbehren. Wenn die Thatsache richtig ist, dann beweist sie doch vor Allem, dass es in Norddeutschland Leute geben muß, die die Liebesgabe in ihrer ganzen Höhe einstecken. (Lebhafte Zustimmung links.) Gewiß werden einzelne besser, andere weniger gut wirtschaften. Einzelne werden die 20 M. als Zuwachs zu ihrem Vermögen betrachten, bei andern wird das nicht der Fall sein. Aber man soll uns nicht immer von den Kleinen sprechen; die großen 8300 Brennereien bekommen 37 Millionen von der Liebesgabe, und es könnte einmal heißen: Man lasse den kleinen Brennern diese Unterstützung, aber die großen Brennereien sollen sie herausdrücken. Mit jedem Jahre wird diese abjährl. wiederkehrende Liebesgabe von 40 Millionen untraglicher; sie muß fallen, wenn die Branntwein-Industrie gesunden soll. — Die Erhöhung auf 75 Pf. wird einfach aus den Konsum abgezählt werden und damit wird die Sache abgethan sein. Da wir überhaupt keine Branntwein-Steuererhöhung haben wollen, kann der Branntwein mit unserer Zustimmung nur herangezogen werden durch einen resoluten Eingriff in die Liebesgabe. Bei uns herrscht seit einer geraumen Zeit König Schnaps; es ist die höchste Zeit, daß er entthront wird und daß auf diesen Thron wieder die allgemeinen Interessen gesetzt werden. (Beifall links.)

Bayerischer Finanzminister v. Niedel: Mit diesem letzten Satz hat der Redner wohl meine Ausführungen als solche erklären wollen, welche sich nicht mit den allgemeinen Interessen decken. Ich stelle fest, daß alles, was ich gethan und gesagt habe, lediglich im allgemeinen Interesse gestanden hat. (Zustimmung rechts.) Reich und Einzelstaaten haben kein anderes Interesse als die Brennerei als landwirtschaftliches Gewerbe. (Bravo! rechts.) Ich bedauere nur, daß es mir nicht in größerem Maße gelungen ist, ihn zu überzeugen. Unsere Überzeugung wird er durch seine Gegenüberstellungen nicht erschüttern. Wenn hätte ich von ihm gehört, wo denn eigentlich die Liebesgabe steht und wer sie bezahlt; das hat er aber nicht angeführt, noch bewiesen. Er sieht die Liebesgabe als etwas Selbstverständliches an. Ich habe mich im Gegentheil mit der Frage beschäftigt, ob überhaupt eine solche Liebesgabe vorhanden sei. Ich soll nach seiner Meinung solche über den Charakter und Zweck der Liebesgabe gesagt haben, was man 1887 nicht darin gesehen habe. Wir haben nicht davon geredet, der Branntweintrinker eine Entschädigung zu geben, sondern die Differenz sollte nur ein Korrektionsmittel zur Einschränkung der Fabrikation sein. Ein Geschenk steht die Frage eines Gegenstandes an einen andern voraus, der damit bereichert wird; diese Voraussetzung fehlt hier. Herr Barth sieht in den Kartoffelpreisen den Regulator für den Branntweinpreis. Ganz recht! aber daraus folgt, daß das Gesetz den Preis nicht zum Nachtheil des Konsumenten beeinflusst hat, eine Ausbeutung des Konsumenten ausgeschlossen ist. Wir haben ermittelt, daß wirklich die Brenner in den letzten fünf Jahren irgendeinen exorbitanten Gewinn nicht von ihrem Gewerbe gehabt haben. Der Abg. Barth hat also in diesem Punkte Unrecht. Im dem Jahre 1880, wo die Spirituspreise hoch standen, sind auch die Herstellungskosten entsprechend höher gewesen. In Bayern und Württemberg werden doch fast nur

Qualitätsbranntweine produziert, das hat Herr Barth ebenfalls übersehen. Ich habe aus seinen Ausführungen nicht erfahren, daß eine Liebesgabe existirt, noch daß ein Nachtheil für die Konsumenten aus dem Gesetz sich ergibt. So lange der Beweis für diese Behauptung nicht erbracht wird, bin ich so frei an eine Liebesgabe überhaupt nicht zu glauben. (Beifall rechts.)

Abg. Fürst Haffelst (Rp.): Alles, was zur Rechtfertigung der Steuererhöhung auf den Branntwein angeführt worden ist, kann auch gegen die Erhöhung angeführt werden. Ist das Gesetz von 1887 ein Triumph der Staatskunst, so soll man nicht daran rütteln. Gewiß wird die Fürsorge der Regierung für das landwirtschaftliche Brennereigewerbe von uns dankbar anerkannt, aber von der Kontingentirung haben nur die großen gewerblichen Brennereien, die man landwirtschaftliche nennt, den Nutzen gehabt und zwar einen mit der Größe des Betriebes sich steigenden Nutzen; die Landwirtschaft hat nicht nur keinen Nutzen, sie hat Schaden von der Kontingentirung gehabt. Das Brennereigewerbe ist zurückgegangen, zahllose Millionen Doppelzentner Kartoffeln sind in den letzten Jahren weniger zu Spiritus verarbeitet, und dieser Rückgang drückt nicht nur auf die Kartoffeln, sondern indirekt auch auf die Getreidepreise, wie das vergangene Jahr klar bewiesen hat. Um der Landwirtschaft zu nützen, muß das Gesetz mehrfach abgeändert werden; es muß der Schlemperverkauf freigegeben und das Kontingentmaximum auf etwa 100 000 Liter für eine Brennerei festgesetzt werden. Für die Zukunft will die Vorlage eine solche Beschränkung des Kontingents ja auch, der Grundsaß müßte aber durchgeführt werden, um den kleinen landwirtschaftlichen Brennereien die Konkurrenz mit den großen gewerblichen Brennereien zu ermöglichen. Ein dritter Weg wäre die Einführung der Fabriksteuer, die einzige ethische Steuer. Die Maßschraube war früher als erziehbare Maßregel nothwendig, aber der Noth hat seine Schuldigkeit gethan, der Noth kann gehen. Wenn sie eingeführt wird, werden auch kleinere Brennereien wieder entstehen können und die Produktion eines so werthvollen Futtermittels, wie die Schlempe ist, würde zunehmen. Nun wendet man ein, das wäre der Tod für die östlichen Provinzen und der Tod des Kartoffelbaues. Ich glaube nicht daran. Eine Abgabe von etwa 65 Mark sollte für den Kartoffelbranntwein festgesetzt werden, und dieser Betrag für Rüben-Spiritus, Melasse-Spiritus, Getreide-Spiritus u. s. w. entsprechend erhöht werden. Dann müßte auch endlich der Restitutionszwang für den Kartoffelbranntwein eingeführt werden. Der Großfabrikant kann nie die Fabrikationsabgabe so gut verwerten wie der kleine Landwirth, der die Schlempe selbst verfüttert. Die verschiedene Höhe der Abgabe wird auch Betrügereien und Fälschungen unmöglich machen. Dem Brennereigewerbe sind jetzt Handschellen angelegt; durch die Fabriksteuer würde es freigemacht; der Landwirth würde brennen können, was er will, wie er will, wann er will, und niemand würde dadurch geschädigt, dem Landwirth aber die Freiheit wiedergegeben. Eine gewisse Exportbonifikation für Ledage und Schwund würde daneben allerdings nothwendig sein. Eine Fabriksteuer auf dieser Basis würde der Reichskasse sichere Einnahmen schaffen und der Landwirtschaft wirklichen Nutzen bringen.

Abg. Höffel (Elsässer, Rp.) spricht sich gegen die Vorlage aus, die namentlich im Elsaß viele kleine Leute treffen und nur Mißthimmung, Verbitterung und Unsicherheit hervorgerufen würde, ohne der Reichskasse viel zu nützen. Er schlägt statt dessen die stärkere Heranziehung des Bieres vor, dessen Nährwerth eine Fiktion sei, es auch das Tabakmonopol und die höhere Belastung der Wirtshäuser und der Votterloose.

Abg. von Kardorff (Rp.) tritt dem Abg. Barth bezüglich der Theorie der Liebesgabe entgegen und weist außerdem die Darlegung desselben über die Preisbildung des Branntweins im Anschluß an die Kartoffelernte zurück. Das gerade Gegentheil sei der Fall, der Kartoffelpreis richte sich nach dem Spiritus-Weltmarktpreis. Wenn die Freimüthigen befragt werden, was sie an die Stelle des Gesetzes bringen wollen, dann ist ihr Ratsin zu Ende. (Widerpruch links.) Die Fabriksteuer hat sich als ganz ungangbar erwiesen, das möchte ich auch dem Fürsten Haffelst sagen. Die Steuerdifferenz muß aufrecht erhalten bleiben. Der Weltmarkt ist uns vollständig verloren; nur die Steuerdifferenz kann die kleinen Betriebe überhaupt am Leben erhalten.

Abg. v. Staudy (Df.): Von der Spannung von 20 M. lassen wir nichts ab, auch nicht den kleinsten Theil; aber ein Theil meiner Fraktionsgenossen sieht mit mir entgegen unserem Genossen Uhden auf dem Standpunkte, auch nicht einmal zeitweise mit der vorgelegten Novelle arbeiten zu können, womit natürlich nicht gesagt sein soll, daß wir nicht auch hier zur Wiltzille bereit wären, wenn es sich darum handeln sollte, die Mittel zur Deckung des Bedarfs für die ganz oder theilweise bewilligte Militärvorlage zu beschaffen. Den wirtschaftlichen Effekt finde ich in der Vorlage durchaus nicht berücksichtigt. Der Staatssekretär spricht davon, daß hier nur das finanzpolitische Interesse in Frage komme; das scheint mir einseitig und wenig logisch. Dem bayerischen Finanzminister wird für seine Ausführungen ewig der Dank der Landwirthe des Ostens gesichert sein. Auch für die Mehrheit des Reichstages war bei der Annahme des Gesetzes von 1887 die Voraussetzung, daß die Landwirtschaft dabei bestehen könne. Das unbeschränkte Recht auf Revision nicht nur des Kontingents, sondern auch der Spannung, wie es gestern der Reichs-Schatzsekretär konstruirte, vermag ich nicht als vorhanden anzuerkennen.

Damit schließt die Diskussion. Die Vorlage wird der Militärkommission überwiesen.

Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Kartage aus dem Hause.)

Abgeordnetenhaus.

16. Sitzung vom 17. Januar 1893, 11 Uhr.

Am Ministerliche Graf zu Calenberg, Miquel, Thielen, v. Schelling, v. Heyden, v. Verelsh und Kommissarien.

Das Haus überweist zunächst die allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt-Giat für 1888/89 an die Rechnungskommission.

Die Uebersicht der Staatseinnahmen und Ausgaben für 1891/92 beantragt Abg. Hammacher nicht wie sonst der Rechnungskommission, sondern der Budgetkommission zu überweisen, weil es sich dabei um erhebliche Ueberschreitung der Ausgaben der Eisenbahnverwaltung und den Fehlbetrag handelt, dessen Deckung eine wichtige finanzielle Ausgabe des Landtages sei, der man nur im Zusammenhange mit dem vorliegenden Etatsentwurf gerecht werden kann.

Abg. Meyer-Berlin (Dfr.) widerspricht dem Antrage, der in einem früheren Falle entschieden zurückgewiesen worden sei.

Abg. Franke-Landern (Nf.) empfiehlt in diesem besondern Falle, die Sache der Budgetkommission zu überweisen, weil der Betriebsbericht der Eisenbahnverwaltung der Budgetkommission überwiefen werde. Er beantragt, die Ausgaben und Einnahmen der Eisenbahn aus der Uebersicht der Budgetkommission zu überweisen und diese für diese Beratung um 7 Mitglieder zu verstärken; der Rest der Uebersicht soll an die Rechnungskommission gehen.

Abg. Graf Limburg-Sturum (Konf.): Dieser Antrag hat ein anderes Gesicht, als das der Abg. Hammacher. Die ganze Ueberlegung kann die Budgetkommission nicht mit der Gründlichkeit prüfen, wie die Rechnungs-Kommission; sie würde dadurch überlastet werden. Aber eine Verstärkung der Budgetkommission wird nicht notwendig sein.

Abg. Lieber (Z.) erklärt sich für den ganzen Antrag Grande, auch für die Verstärkung der Kommission.

Abg. Nider (Dfr.) hält eine Verstärkung der Budgetkommission für überflüssig, weil dadurch nur eine Verzögerung herbeigeführt werde. Im Uebrigen ist er mit Antrag Grande einverstanden.

Abg. v. Münnigerode-Rositten (Konf.) spricht sich ebenfalls gegen die Verstärkung der Budgetkommission aus.

Abg. Grande zieht seinen auf die Verstärkung bezüglichen Antrag zurück; der übrige Theil des Antrages wird angenommen.

Die Vorlage des Gesetzentwurfs, betreffend die Deckung von Ausgaben des Rechnungsjahres 1891/92 wird der Rechnungs-Kommission überwiesen.

Es folgt die erste Berathung des Staatshaushalts-Etats für 1893/94 und des dazu gehörigen Anleihe-Gesetzes.

Abg. v. Strombeck (Zentr.): Das Defizit bedeutet eine sehr beträchtliche Erhöhung unserer ohnehin schon sehr hohen Schulden. Der Finanzminister hat davor gewarnt, die Finanzlage allzu pessimistisch anzusehen; er hat daraus hingewiesen, daß in dem Defizit von 59 Millionen Mark 20 Millionen Mark stecken, die verwendet sind zur außerordentlichen Schuldentilgung. Er hätte auch noch anführen können, daß noch weitere 17 Millionen Mark zur Schuldentilgung verwendet sind. Um diese 37 Millionen Mark vermindert sich also das Defizit. Die Ueberschüsse aus der Einkommensteuer sollen zur Deckung des Defizits dienen; damit wird der § 82 des Einkommensteuer-Gesetzes durchbrochen. Ein solches Verfahren muß das Vertrauen in die Stetigkeit der Gesetzgebung erschüttern. Wenn die Einkommensteuer zur Deckung des Defizits verwendet wird, dann wird man die Steuern noch erhöhen müssen, und dagegen müssen wir ganz energisch Protest erheben. Besser wäre es, wenn man andere Fonds zur Deckung des Defizits verwendet. Bei der Seehandlung befindet sich ein Fonds von 28 Millionen Mark Effekten; wenn derselbe entbehrt ist, könnte er zur Deckung des Defizitbetrages verwendet werden. Mein Suchen nach Ersparnissen im Etat ist von sehr geringem Erfolg gewesen. Ob die Dienstaltersstufen eine Verschlechterung der Einnahmebezüge mit sich bringen, müsse die Budgetkommission prüfen. Es ist von einer Gehalts-Erhöhung der Beamten gesprochen worden. Aber da eine Gehaltserhöhung doch mindestens 10 pSt. betragen müßte, so ist den Beamten zu rathen, die Regierung mit ihren dahingehenden Wünschen nicht zu befehlen, denn die Finanzlage ist nicht derartig, daß eine Mehrausgabe von 20-30 Millionen Mark getragen werden könnte. Die Befestigung der schwankenden Eisenbahn-Einnahmen soll herbeigeführt werden. Wie soll das geschehen? Will man einen Theil der Eisenbahn-Einnahmen festlegen? Dann wird der Etat manchmal nicht die nötigen Mittel zur Deckung notwendiger Ausgaben bieten. Wir müßten dann Schulden machen und das muß unter allen Umständen vermieden werden. Der Redner schließt mit der Hoffnung, daß die Unzufriedenheit in den unteren Schichten der Bevölkerung verschwinden werde.

Abg. v. Münnigerode-Rositten (Z.): Die Verhältnisse des Etats sind durchaus keine erfreulichen, aber sie sind erklärlich aus den thatsächlichen Verhältnissen, namentlich aus den großen Ansprüchen des Reichs, welche zu erheblicher Abnahme der Ueberschüssen geführt haben. Eine Einnahmevermehrung ist bei der Lotterieverwaltung eingetreten. Die Budgetkommission wird diese Frage genauer prüfen müssen; der Finanzminister hat wohl mit Recht auf Braunschweig, Hamburg und Mecklenburg hingewiesen und sich darauf berufen, daß ein gewisses Spielbedürfnis im Volke vorhanden ist, so daß wir die Sache nicht a limbo abweisen können. Die Polizei in den Städten muß verbessert werden und namentlich der Staat auch das Nachwachswesen übernehmen; die dafür erforderlichen Ausgaben werden wir bewilligen. Die Vermehrung der etatsmäßigen Stellen für Distrikten entspricht einem langjährigem Bedürfnisse. In der landwirthschaftlichen Verwaltung befindet sich eine Ausgabe von 300 000 Mark zur Förderung der Landwirtschaft in den östlichen Provinzen. Es ist anzuerkennen, daß die Regierung diesen Betrag gegen früher verdoppelt hat. Die Ausgaben der Eisenbahn-Verwaltung sind seit ihrer Verstaatlichung erheblich gewachsen, ohne daß die Tarife erhöht worden sind; die Personentaxe sind sogar erheblich erleichtert worden. Es wäre daher wohl angebracht, entsprechend dem Einnahme-Ausfall die Personentaxe mäßig zu erhöhen. (Zustimmung rechts.) Die Freisinnigen haben durch Herrn Nider eine Reform der Personentaxe verlangt selbst noch beim Etat für 1891/92. Erst im nächsten Jahre schlug die Windfahne um, als die Einnahmen zurückgingen. Wir können daraus lernen, daß wir gute Einnahmen nicht verwenden, um neue Ausgaben und neue Bedürfnisse zu schaffen, sondern um unsere Position zu befestigen. Bei den Bergwerken ergibt sich auch eine Mindereinnahme von 3 Millionen Mark. Auch hier ist eine sehr schnelle Verringerung zu erwarten. Eine Mehrausgabe ist eingestellt für die Bergwerks-Schiedsgerichte. Ich möchte hierbei an die Regierung die Aufforderung richten ihre Autorität den Arbeitern gegenüber vollaus zu wahren und dadurch den anderen Betrieben mit einem guten Beispiele voranzugehen. (Zustimmung rechts.) Eine Mehrausgabe ist entstanden für die wachsende Verzinsung der Schulden. Durch die Zunahme der Schulden hat sich ein Sinken der Kurse bemerkbar gemacht, und es liegt die Gefahr nahe, daß wir in Abhängigkeit gerathen von internationalen Geldmächten. (Ndr! rechts.) Wir geben uns der Erwartung hin, daß alle Luxusbauten vermieden werden. Dazu kommt ein dritter Punkt: Die Trennung der Stellung des preussischen Ministerpräsidenten vom Reichskanzleramt. Durch die Vereinigung dieser Ämter in einer Person würden die preussischen und die Reichsinteressen gemeinsam gewahrt, während dem Reichskanzler jetzt die preussischen Angelegenheiten fern liegen. Ein idealer Zustand wäre, daß der preussische Finanzminister zugleich Reichschatzsekretär wäre (Zuruf Nider's: Wir haben gar nichts dagegen!). Das weiß ich; aber die anderen deutschen Einzelstaaten würden damit vielleicht nicht zufrieden sein. Die einseitige Entwicklung zum Industriestaat würde für Preußen und das Reich ein Unglück sein. Der einseitige Industrialismus mit seinen Krisen und Wechseln mag uns erspart bleiben. Wenn von der Gefahr des russischen Handelsvertrages die Rede ist, dann müssen wir besonders der Gefahr der Einschleppung der Viehseuchen gedenken. Wir haben die Thore nach Oesterreich hin weit genug aufgemacht; wir sollten die Gefahr der Seucheneinschleppung von Rußland aus nicht vermehren. Die neue Branntweinsteuer wird wiederum die Landwirtschaft schädigen. Die Aenderung des Unterstützungswohlfahrts-Gesetzes haben wir oft genug verlangt und die Regierung hat ja auch erfreuliche Zusicherungen gegeben bei der Veratung des Invalidenversicherungsgesetzes. Wir hoffen, daß der Ministerpräsident die Interessen der Landwirtschaft mit fester Hand wahren wird. (Beifall rechts.)

Es sind inzwischen zwei Anträge über die geschäftliche Behandlung des Etats eingegangen; ein von allen Parteien gestellter Antrag will einen großen Theil des Etats der Budgetkommission überweisen, während ein Antrag der Abgg. Lieber, Franke und Grosse die Budgetkommission für die Berathung des Eisenbahnetats um 7 Mitglieder verstärken will.

Abg. Dr. Lieber: Die letzten Ausführungen des Vorredners gehören eigentlich in den Reichstag. Ich will darauf nur erwidern, daß die Handelsverträge eine Ausgleichung der verschiedenartigen Interessen herbeigeführt haben, daß wir ihnen zugestimmt

haben, weil sonst der Ansturm an die landwirthschaftlichen Zölle ein viel härterer geworden wäre, während jetzt der Schutz-zoll durch die Beiträge auf zwölf Jahre gesichert ist. Die Einnahme-Ausfälle bei der Eisenbahn-Verwaltung sind sehr bedenklich für den preussischen Etat. Die Frage der Vermehrung der Lotterieloose ist oft und gründlich hier erörtert worden. Wenn die Regierung die Befriedigung des Spieltriebes innerhalb der preussischen Lotterie herbeiführen will gegenüber dem unredlichen Wettbewerbe auswärtiger Lotterien, so wird das Haus dagegen kaum einen Einwand zu machen haben. Es ist dankbar anzuerkennen, daß trotz der schlechten Finanzlage die Regierung eine Vermehrung der etatsmäßigen Nichterlösen vorgeschlagen hat. Aus dem Erlös von Domänen sollen Aufforstungen vorgenommen werden im Osten; warum nicht auch im Westen, wo doch auch Aufforstungen notwendig sind? Einverstanden bin ich mit dem Minister darüber, daß wir die Wirkungen der Schwankungen der Eisenbahn-Einnahmen auf den Etat beseitigen müssen. Abgesehen von einem Betriebsreservefonds wird der beste Reservefonds die Schuldentilgung sein, aber energischer als nach dem Eisenbahn-Garantiegesetz. Die Mahnung des Finanzministers an uns zur Sparsamkeit war berechtigt; denn er enthält diese Mahnung auch seinen Kollegen nicht vor. Ich kann sagen: Das Aussehen des Hauses an dem Tage, wo die sogenannte Sekundärbahn-Vorlage beraten wird, ist mir immer als ein sehr erbarmungswürdiges vorgekommen; allein an dem Grafen Kanitz scheinen die Ermahnungen des Ministers spurlos vorübergegangen zu sein, sonst hätte er wohl seinen Antrag nicht eingebracht. Als der Finanzminister zur Sparsamkeit mahnte, kam der Zwischenruf von links: Militär. Der Finanzminister erwiderte darauf, daß notwendige Ausgaben für die Landesverteidigung geleistet werden müssen, darauf ertönte rechts ein „Bravo!“ Es würde wohl verstimmt sein, wenn der Vorschlag gemacht wäre, die Kosten der Militärvorlage auf die Matricularbeiträge, d. h. auf die direkten Steuern zu legen. Dann wird die Steuerschraube in Preußen angezogen werden, der Finanzminister will das jetzt noch nicht, aber er hat erklärt, daß die Schraube anziehungs-fähig ist, und das läßt tief blicken. Daß mit der Verbesserung der Gehälter und der Einführung der Dienstaltersstufen von unten angefangen ist, ist sehr erwünscht. Daß die Regierung angesichts der Nothlage, für welche die Gemeinden allerdings in erster Linie eintreten müssen, Arbeiten ausführen lassen will, um zu helfen oder um die billigen Materialpreise auszunutzen, billige ich vollständig. Für so ruhig, wie der Finanzminister, kann ich die Finanzlage nicht ansehen und kann deshalb die größte Vorsicht empfehlen. (Beifall im Centrum.)

Finanzminister Miquel: Der Vorredner hat von einer vorläufigen Steuererhöhung gesprochen. Ich will darüber nicht streiten; das gehört der Zukunft an. Aber wenn sie notwendig wird, was drückt ein Land mehr, die Erhöhung einer gerechten und gleichmäßigen oder die einer ungerechten ungleichmäßigen Steuer. In der Steuerreform selbst liegt der Anlaß zur Erhöhung nicht. (Zustimmung rechts.)

Abg. Cuneo (natl.): Die Ueberschüsse aus der Einkommensteuer sollen nicht ihrem Zweck entfremdet werden, sondern es soll zur Ersparung von Mühe und Arbeit das Kapital zur Deckung des Defizits verwendet, die Zinsen aber für die gesetzlich festgelegten Zwecke verwendet werden. Herr v. Münnigerode hat gegen den noch gar nicht bekannnten Handelsvertrag mit Rußland schon jetzt Stellung genommen. Gewiß verdient die Landwirtschaft Schutz; aber auch die Industrie muß gefördert werden, denn die Landwirtschaft ist nicht im Stande, uns allein zu ernähren. Ob die Kosten der Militärvorlage durch diese oder jene Steuer bestritten werden, ist völlig gleichgültig; davon wird keine patriotische Partei ihre Zustimmung abhängig machen. Der vorgelegte Etat für 1893/94 ist sehr umfänglich und vorsichtig aufgestellt. Dafür war bezeichnend die Erklärung des Finanzministers, daß er geneigt sei, diejenigen Ausgaben zu streichen, welche das Haus als unbedenklich erkennen würde. Unsere Schulden werden sich bei Beginn des Etatsjahres auf 6243 Millionen Mark belaufen, während die Schuldentilgung nur 37 Millionen Mark, also 4/10 pSt. beträgt. Daß die Ueberweisung aus der lex Duene zurückgehen wird, glaube ich auch, aber das kann ich nicht zugeben, daß die lex Duene mit 24 Millionen Mark hoch genug bewertet ist. Redner empfiehlt schließlich die Ueberweisung des größten Theils des Etats an die Budgetkommission, aber auch die Annahme des Antrages Lieber wegen der Verstärkung der Budgetkommission für den Eisenbahnetat.

Abg. Kiesel (bei keiner Fraktion): Ueber die von Herrn v. Münnigerode angeregte Frage der Stellung des Reichschatzsekretärs und des Finanzministers können wir wohl hier nicht entscheiden; sie ist so tief einschneidend, daß sie gründlicher geprüft werden muß. Auf eine sehr schnelle Verringerung der Verhältnisse hoffe ich nicht, dafür sind keine Anzeichen da, denn die Verhältnisse sind überall so schlecht wie in Deutschland. Dazu kommt, daß wir bei der Beschaffung unserer Einnahmen wesentlich auf die direkten Steuern beschränkt sind, die stabil sind, während das Reich über die ausdehnungsfähigen indirekten Steuern verfügt. Der Finanzminister hat sich bereit erklärt, die Ausgaben zu streichen, die wir unbedenklich finden. Ich finde eine Ausgabe von 500 000 M. für ein neues Regierungsgebäude in Osnabrück. Sollte der Finanzminister bereit sein, seine Reueigung zur Stadt Osnabrück und zu dem dortigen Regierungspräsidenten auf dem Altar des Vaterlandes zu opfern? (Heiterkeit.) Es wird sich überhaupt fragen, ob man nicht die Bezirksregierungen auf den Aussterbe-Etat setzen könnte. Die Landratsämter werden sich immer mehr ausbilden mit eigenen Bureaus u. s. w. Was soll denn noch die Zwischeninstanz zwischen dem Landrath und dem Oberpräsidenten? Redner tritt der Aussenanforderung des Abg. Cuneo entgegen, der die besondere Kreditwürdigkeit Preußens nachzuweisen versucht hatte. Was seien denn die Eisenbahnen werth? Die kauft uns doch jetzt niemand ab. (Widerpruch rechts und bei den Nationalliberalen.) Wo sollen denn in Zukunft Schulden gemacht werden, namentlich beim Beginn eines Krieges? Deshalb bitte ich Sie, den Ernst der Lage zu erkennen, und die Budgetkommission zu veranlassen, daß sie einen allgemein erschöpfenden Bericht über die gegenwärtige Finanzlage erstalle.

Darauf wird um 4 Uhr die weitere Debatte auf Mittwoch 11 Uhr vertagt.

Kommunales.

Der Ausschuss der Stadtverordneten-Versammlung, welchem die sozialdemokratischen Nothstandsanträge (Herabsetzung der Arbeitszeit in städtischen Betrieben auf täglich acht Stunden und schnelle Inangriffnahme der Hafenanlage am Urban und sonstiger städtischer Arbeiten) zur Vorberathung überwiesen sind, hat gestern Abend eine mehrstündige Sitzung abgehalten. Punkt 1, der wie folgt lautet:

Die Arbeitszeit der in den städtischen Betrieben — Straßenreinigung, Park- und Gartenverwaltung, Wasserwerke, Kanalisation, Gasanstalt u. s. w. — beschäftigten Arbeiter auf acht Stunden täglich festzusetzen und die hierdurch erforderliche werdende größere Anzahl von Arbeitern einzustellen

wurde von dem Stadtverordneten Singer nochmals eingehend begründet und eindringlich zur Annahme empfohlen.

Der Redner, der sich prinzipiell auf den Standpunkt des Achtstundentages stellte, wies nach, daß der Antrag selbst von dem Standpunkte einer Nothstandsmahregel angenommen werden müsse, weil er fast das einzige, jedenfalls aber beste Mittel sei, Arbeitslosen in größerer Anzahl Arbeit zu beschaffen. Die augenblicklich herrschende Kälte hindert

daran, Erdarbeiten in größerem Umfange in Angriff zu nehmen. Die Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit sei deshalb geboten, um namentlich bei der Straßenreinigung, aber auch in den übrigen städtischen Betrieben Arbeitslose einzustellen.

Von dem anwesenden Direktor der Straßenreinigung wurde mitgeteilt, daß bei der Straßenreinigung 800 ständige Arbeiter angestellt sind, und daß momentan 2000 Arbeiter vorübergehend beschäftigt sind, welche eine tägliche Arbeitszeit von — Ueberschüssen mit eingerechnet — 8 1/2 Stunden haben.

In der Diskussion kam mehrfach eine prinzipielle Abneigung gegen die Herabsetzung der Arbeitszeit zum Ausdruck; auch als vorübergehende Nothstandsmahregel könne dieselbe nicht gutgehen werden, weil die Verkürzung der Arbeitszeit eine Lohnerhöhung bedeute, zu der man sich in schlechten Zeiten gerade am allerwenigsten entschließen solle.

Von einer Seite wurde die prinzipielle Wichtigkeit der Forderung des Normalarbeitstages zwar anerkannt, aber der jegige Augenblick als ungeeignet zu dessen Einführung erachtet.

Der vom Magistrat anwesende Stadtbaurath Hübner führte aus, daß nach seiner Meinung der Magistrat dem Antrage nicht stattgeben würde. Aus sozialpolitischen und praktischen finanziellen Gründen empfahl er die Ablehnung des Antrages.

Dieser Theil des sozialdemokratischen Antrages wurde mit allen gegen zwei (Mehner, Singer) Stimmen abgelehnt.

Die Diskussion wandte sich nunmehr zu den übrigen Punkten des Antrages, welche den Magistrat auffordern:

„Die Hafenanlage am Urban, den noch nicht in Angriff genommenen Theil der Wasserwerke am Müggelsee, sowie andere städtische Erdarbeiten schleunigst vornehmen zu lassen.

Die zur vollständigen Durchführung der Kanalisation erforderlichen Arbeiten in Angriff zu nehmen.“

Aus der Besprechung ergab sich die Bereitwilligkeit des Ausschusses durch Inangriffnahme städtischer Arbeiten die Arbeitslosigkeit und den daraus resultirenden Nothstand nach Möglichkeit zu mildern.

Es wurde anerkannt, daß Beschleunigung der Hafenanlage am Urban und namentlich eine vermehrte Einstellung von Arbeitern bei der Straßenreinigung geboten sei und daß hierdurch Arbeitsgelegenheit in größerem Umfange geschaffen werden könne.

Auch sonstigen städtischen Arbeiten müsse größere Energie zugewendet werden, und sowie die Bitterung es zuläßt, mit Erdarbeiten zur Beschäftigung der Arbeitslosen vorgegangen werden.

Nachdem die sozialdemokratischen Vorschläge gegen 2 Stimmen abgelehnt waren, wurde folgender im Laufe der Diskussion gestellte Antrag:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, alle durch die Stadtverordneten-Versammlung bereits genehmigten Arbeiten, soweit dies möglich ist, energisch in Angriff zu nehmen und fortzuführen; insbesondere zu erwägen, ob es nicht durchführbar ist, zum Zwecke einer durchgreifenden Reinigung der Straßen den Fuhrpark zu erweitern und eine vermehrte Anzahl von Arbeitern einzustellen.“

Der Ausschuss wird infolge eines von dem Stadt. Singer gestellten Antrages bereits am nächsten Donnerstag der Versammlung Bericht erstatten, damit die Angelegenheit schleunigst erledigung findet.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 19. Januar d. J., Nachmittags 5 Uhr. Ein Naturalisationsgesuch. — Wahl eines Mitgliedes in den Ausschuss für Petitionen, in die Deputation, in die Grundeigentums-Deputation, in das Kuratorium der Markthallen, in die Normalstatistik-Deputation, in das Kuratorium der Böhmschen Stiftung und in folgende gemischte Deputationen: zur Vorberathung der Angelegenheit wegen Einverleibung von Vororten in die Stadtgemeinde Berlin, sowie wegen Erwerbung der Grundstücke Neuer Markt 4/5, 6 und 7 und der zur Herstellung der Wasserleitung Müggelsee-Berlin und der zur Verbreiterung der Gertraudenstraße und der Straße Am Spittelmarkt erforderlichen Grundstücke. — Vorlage, betr. die Verlegung des Heu- und Strohmarktes von dem Dranienplatz. — Anträge von Mitgliedern der Versammlung, betr. die Errichtung eines städtischen Zentral-Arbeitsnachweises und die Herbeiführung von Einrichtungen zur Unterbringung der Arbeiter auf den Arbeitsplätzen während der Arbeitspausen. — Vorlage, betr. die städtischen Sendungen zur Ausstellung in Chicago. — Desgleichen, betr. die Festsetzung des Etats für die Verwaltung der städtischen Feuer-Societät pro 1. Oktober 1892/93. — Zwei Rechnungen. — Eine Unterstützungssache. — Vorlagen, betr. den Ablauf der Wahlzeiten eines Bürgerdeputirten bei dem Kuratorium des Zentral-Viehhofes und bei dem Kuratorium der Wasserwerke. — Vorlage, betr. die Wahl von einem Mitgliede und 15 Stellvertretern für die Gebäudesteuer-Veranlagungs-Kommission. — Vorschläge zur Wahl der Beisitzer und Stellvertreter für die am 31. d. M. stattfindende Stadtverordneten-Ergebniswahl.

Lokales.

Schöneberg. Richtung Parteigenossen! Die Wählerlisten zur Kommunalwahl liegen von heute ab bis zum 30. d. M. im hiesigen Rathhause, Zimmer 8, 1 Tr., in der Zeit von Morgens 8 Uhr bis 3 Uhr Nachmittags an Wochentagen aus. Es verläumt niemand, die Listen einzusehen. Genossen, denen es an Zeit gebricht, die Listen einzusehen, mögen sich an folgende Genossen wenden: Padelbusch, Bahnstr. 17, v. 4 Tr.; Schimanski, Bahnstr. 6a, Quergeb. part.; Siegel, Goltzstr. 43, Restaurant; Dreße, Mühlstr. 7. Genannte Genossen haben sich erboten, die Listen einzusehen.

Die strenge Kälte dieses Monats hat im Eisenbahnbetriebe erheblichen Schaden angerichtet. Die durch den anhaltenden strengen Frost spröde gewordenen Eisenteile der Lokomotiven zer-springen sehr leicht, obwohl seitens des Bahnpersonals die größte Vorsicht ausgeübt wird und die wichtigsten Bestandtheile der Maschinen gut geschützt und häufig erneuert werden. In den Reparaturwerkstätten wird selbst bei Nacht gearbeitet, um die Schäden auszubessern. Im Betriebe der Stettiner Eisenbahn sind bereits sämtliche Reserve-Lokomotiven eingestellt worden. Um Entgleisungen, welche jetzt sehr leicht durch Brüche der Sperrstangen vorzukommen können, zu verhüten, sind den Beamten, welche rechtzeitig einen Bruch entdecken, Geldprämien zugesichert worden.

Auch auf die Thätigkeit der Feuerwehr ist die Kälte von Einfluß. Auf den verschiedenen Feuerwachen liegen täglich eine große Anzahl Meldungen von Bränden vor, welche durch das künstliche Aufthauen von Wasser- und Gasleitungen in den Häusern verursacht werden. Uebrigens war am vorgestrigen Abend in sehr vielen Häusern das Gas eingefroren.

Der Schriftsteller Beradt, welcher wegen des Revolver-Attentates auf den Medaieur Meyer in Untersuchungshaft genommen worden ist, hat nicht allein in seinem Aeußeren, in seiner Gewandung, Wäsche u. s. w., sondern auch in seiner geistigen Verfassung einen solch befremdlichen Eindruck auf den Untersuchungsrichter, Landgerichtsrath Pochhammer, gemacht, daß dieser volle Veranlassung fand, den Angeeschuldigten auf seinen Geistes-zustand untersuchen zu lassen. Die nötigen Anordnungen hierzu sind bereits getroffen.

In einer neulichen Mittheilung über eine Feuer-brunst in Weiskauer wurde erwähnt, daß u. a. auch die eigenthümliche Bauart des Hauses, eines sog. eisernen Hauses (Gehäuse der Warte- und Straßburgerstraße), die Lösungs-

arbeit erschwert hätte. Das im Vorort Weissenhof erscheinende Blatt, das auch Organ des Amtsvorstandes ist, widmet dem Brande nachträglich eine längere Betrachtung, in welcher es heißt: „Das Feuer hätte längst nicht solche Ausdehnung gewonnen, wäre nicht die Bauart des Hauses eine so sonderbare gewesen. Denn während die Feuerwehr glaubte, daß es nur in einem Stockwerk brenne, war das Feuer schon längst auf den herunterfallenden Sägespänen (die Fällung der eisernen Konstruktions) und der imprägnirt sein sollenden Pappe in das zweite Stockwerk übertragen, und bei dem herrschenden Wassermangel konnte ein rasches Ablöschen nicht ermöglicht werden. Der Berliner Feuerwehr war der Brand eines solchen aus Pappe, Sägespänen und Eisenteilen bestehenden Hauses etwas Neues, und die Mannschaften erklärten ganz offen, daß ein solches Gebäude wohl in Kamerun, aber nicht in Berlin stehen dürfte! So geschah es, daß der Brand mit rasender Schnelligkeit sich durch das Haus aus Pappe und Sägespänen verbreitete, und so haben sechs arme Familien, die im zweiten und dritten Stockwerk wohnten, ihr gesamtes Hab' und Gut verloren. Die Aermsten befinden sich in bitterster Noth. Der Gemeindevorstand von Weissenhof nimmt gern Gaben für sie entgegen.“ — Natürlich wird bei einem solchen Vorkommniß wieder der Bettelack der Privatwohlthätigkeit geschwungen. Kann sich denn die Kommune von Weissenhof nicht dazu aufschwingen, einmal in den Gemeindefiskus zu greifen?

In deutschen Zeitungen erscheinen seit einiger Zeit Ankündigungen, in denen eine englische Firma „The International Mercantile Society“ 245 City Road London E. C., als deren Präsident sich G. E. Smith und als deren Sekretär Bruno Selter unterzeichnet, für die Firma Schulburg, Beyer u. Co., die angebliche Besitzerin der deutschen Ausstellungen in Trinitäts- und Chicago, für die Dauer der Chicagoer Ausstellung achtzig Stellen, sowie auch Kommiss anzuwerben vorgiebt. Personen, die sich auf diese Ankündigungen hin an die gedachte Firma wenden, werden zur vorherigen Einzahlung einer Vermittlungsgebühr von 8 Schilling, oder von höheren Beträgen aufgefordert. Nach dem Eingang der geforderten Beträge pflegt die Firma dann, wie aus verschiedenen darüber geführten Klagen hervorgeht, den Schriftwechsel abzubrechen.

Hierzu schreibt der „Reichs-Anzeiger“: Da die in London über das Schreiben dieser Firma eingegangenen Erkundigungen ergeben haben, daß sie mit der diesjährigen Ausstellung in Chicago in keiner Verbindung steht, so kann den erwähnten Ankündigungen gegenüber nur zur größten Vorsicht gerathen werden.

Auch eine Illustration zur Falschheit der Post. Ein postalisches Bogenvordruck wurde am Montag, den 16. Januar, an seine Adresse abgeliefert. Am 19. Oktober 1892 wurde von einer Buchhandlung in München eine kleine Drucksache an W. Dammstein's Buchhandlung in Sagan aufgegeben. Am 18. Januar 1893 wurde die Sendung beim Adressanten bestellt. Als entfernteste Poststation, welche die Sendung passirt hatte, war „Mitsan To Yokohama Japan“ aus dem Poststempel zu erkennen. Wie die Sendung dahin gelangt sein kann, dürfte freilich ein Räthsel bleiben.

Ueber die Selbstenhaft eines hiesigen Offiziers weiß die „Allg. Fahr-Ztg.“ zu berichten. Derselbe fuhr in der Nacht vom 12. zum 13. d. M. in einer geschlossenen Droschke zweiter Klasse in Gesellschaft eines anderen Herrn. Plötzlich sties nun der Offizier mit einem Spazierstock die Vorderstange der Droschke entgegen und den Kutscher in den Rücken. Da bei den jetzigen Witterungsverhältnissen eine Droschke mit zerbrochenen Scheiben betriebsunfähig ist, so forderte der Kutscher außer seinen ihm sonst zustehenden Forderungen auch 1 M. für die zertrümmerte Scheibe. Hiermit war der Scheibenzertrümmerer aber keineswegs einverstanden, behauptete vielmehr, derartige Scheiben kosteten nur 75 Pfg. Hiernach zu urtheilen, hat der Betreffende bereits Erfahrungen mit derartigen Privatvergnügungen!

Ueber einen Raubmord theilt die Staatsanwaltschaft in Albersfeld mit, daß am 30. v. M. Abends gegen 8 Uhr, die zu Bergpfers in der Bürgermeisterei Hildesheim wohnende hochbetagte Spezialeinzelin Betty Kofenthal in ihrem Laden tödtlich aufgefunden worden sei. Allem Anschein nach ist der Tod durch Erstickung gewaltsam herbeigeführt worden. In dem Laden waren alle Beklammungen durchwühlt. Vermißt wird nach den bisherigen Feststellungen außer baarem Gelde und Zigarren eine alte silberne Taschenuhr, die auf der Innenseite des Deckels wahrscheinlich den Namen Kofenthal trägt. Die Uhr steckte in einem gleichfalls mitgenommenen schilbpatartigen Gehäuse. Des Raubmordes verdächtig erscheinen zwei etwa 25 Jahre alte Männer, die in der Nähe des Rosenhalschen Hauses auf der Landstraße beobachtet worden sind. Einer von beiden hinter, beide führten diese Mittel mit sich, wie zwei solche auch am Thortore zurückgelassen worden sind. Einer der Thäter trug einen grauen Schlapphut. Die Mittheilung jedweder Anhaltspunkte, die zur Ermittlung der Raubmörder führen könnten, ist erwünscht.

Ein eigenthümlicher Vorfall beschäftigt gegenwärtig die Polizei. Der am 15. März 1875 geborene Klempererlehrling Paul Petri, der Schornsteinkehrer 41 in Friedrichsberg bei seinen Eltern wohnte, war gestern Nachmittag gegen 5 Uhr im Auftrage seines Lehrherrn Wagner in dem Keller des Hauses Wärmestraße 2 damit beschäftigt, Wasserleitungsrohre aufzutragen. Bald nach 5 Uhr betrat eine Frau den Raum und fand den Lehrling als Leiche vor. Obwohl die Annahme besteht, daß Petri das Opfer eines Verbrechens nicht geworden ist, so ist die Leiche doch zwecks Feststellung der Todesursache beschlagnahmt worden.

An die verheiratete „Neue deutsche Oper“ gemahnt eine „öffentliche Zustellung“ im „Intelligenzblatt“, in der die Theaterdirektoren Hermann Bruchhoff und Hermann Sternheim gegen 1. den Theaterdirektor Karl Junkermann, früher zu Berlin, jetzt flüchtig, 2. den Herrn Wilhelm Doß von hier, Wellenlancestr. 8-10, auf Zahlung von 1742,92 M. nebst 5 pCt. Zinsen seit dem 17. Oktober 1892 klagen.

Marktpreise in Berlin am 16. Januar, nach Ermittlungen des Polizeipräsidiums. Weizen per 100 Kg. guter von 16,90-15,70 M., mittlerer von 15,60-15,10 M., geringster von 15,00-14,50 M. Roggen per 100 Kg. guter von 13,90-13,60 M., mittlerer von 13,50-13,20 M., geringster von 13,10-12,80 M. Gerste per 100 Kg. gute von 17,20-16,10 M., mittlere von 16,00-15,00 M., geringe von 14,90-13,80 M. Hafer per 100 Kg. guter von 16,00-15,20 M., mittlerer von 15,10-14,40 M., geringster von 14,30-13,60 M., Stroh, Nicht- per 100 Kg. von — M. Heu per 100 Kilog. von — M. Erbsen per 100 Kg. von 40,00-35,00 M. Speisebohnen, weiße per 100 Kg. von 50,00-20,00 M. Linsen per 100 Kg. von 80,00 bis 30,00 M. Kartoffeln per 100 Kg. von 6,00-4,50 M. Rindfleisch von der Keule per 1 Kg. von 1,60-1,10 M. Wachsfleisch per 1 Kg. von 1,40-0,90 M. Schweinefleisch per 1 Kg. von 1,50-1,10 M. Kalbfleisch per 1 Kg. von 1,60-0,90 M. Hammelfleisch per 1 Kg. von 1,50-0,90 M. Butter per 1 Kg. von 2,80 bis 1,80 M. Eier per 60 Stück von 7,00-5,00 M. Fische per 1 Kg.: Karpfen von 2,40-1,00 M. Kase von 2,80-1,20 M. Jander von 2,40-1,00 M. Hecht von 1,80-1,00 M. Barsche von 1,80-0,70 M. Schleie von 2,40-1,00 M. Bleie von 1,40 bis 0,80 M. Krebse per 60 Stück von 9,00-2,00 M.

Polizeibericht. Am 16. d. M. Morgens wurde ein obdachloser Arbeiter auf dem Steinplatz von Vogel, Plan-Ufer 1, todt aufgefunden. Er ist anscheinend beim Heberleiden des Baunes zwischen zwei Steinhaufen gefallen und ertrunken. — Im Hause Wackerthorstr. 26 fiel Nachmittags ein Kellner von der Treppe und erlitt eine so bedeutende Verletzung am Hinterkopfe, daß er

nach dem Krankenhause am Urban gebracht werden mußte. — An der Ecke der Holzmarkt- und Alexanderstraße wurde Abends ein Kaufmann durch eine Droschke überfahren und am Knie schwer verletzt. — Infolge der Glätte fielen im Laufe des Tages vier Personen zur Erde und erlitten zum Theil bedeutende Verletzungen. — Am 16. d. M. und in der darauffolgenden Nacht fanden 10 kleine Brände statt.

Theater.

Im Thomas-Theater haben gestern „die Wiener“ vom Josefstädter Theater unter Direktor Franz Josef Graf III ein neues Gastspiel begonnen. Sie wählten als Entree dasselbe Stück, mit dem sie bei ihrem vorigen Hiersein empfangen: die Wimmer'sche Lokalposse „Die Sigerin von Wien“ (Musik von Kleiber). Ueber das Stück braucht man kein Wort zu verlieren, es ist ein hochgradiger Akt, dem die Aufgabe obliegt, einen Lacherfolg zu erzielen, eine Aufgabe, die es noch überall, wo es gegeben wurde, erfüllt hat. Die Hauptsache ist die Art der Ausführung. Die „Sigerin“ würden in berlinischer oder leipziger Uebersetzung, mit entsprechendem Personal besetzt, genau so wirken wie als „weaterrische“ Lokalposse, im lektieren Gewande aber kann man sie eben nur von „den Wienern“ sehen und resp. hören. Das Zusammenwirken war ganz vortreflich und fand den lebhaftesten Beifall der „Guterer Strobel“ des Herrn Regisseurs Müller, der insbesondere mit dem Koupлет: „Der Eine hat dies und der Andre hat das“ stürmischen Applaus erntete. Auch die „Reis“ von Fr. Jolly, einer unverfälschten fischen Wienerin, verdient als hervorragende Leistung besonders erwähnt zu werden. Wer an „Sigerin“ an und für sich eine Freude hat, findet sie in den sechs Vereitern dieser Menschengattung trefflich charakterisirt. Das Dargestellte unter der Leitung des Herrn Karl Diamanti war gleichfalls gut.

Gerichts-Beilage.

In der Raubmordsache Kühne-Dahn (wegen Ermordung des Handelsmannes Mülzberg) ist bereits die Anklage erhoben, die Untersuchung also abgeschlossen. Die Anklage richtet sich allerdings nur gegen Kühne, da es noch nicht gelungen ist, den zweiten Mörder Dahn zu ergreifen. Die Hauptverhandlung wird bestimmt in der nächsten Schwurgerichtsperiode am Landgericht II gegen Ende März stattfinden. In derselben Periode wird auch die Anklage gegen den Böttcher Bruno Schaulz zur Verhandlung gelangen, der den Mord auf dem Spandauer Berg verübt hat. Trotz ihres ganz bedeutenden Umfangs ist die Untersuchung bereits abgeschlossen und die Erhebung der Anklage in Vorbereitung.

An die Gründerzeit erinnerte ein umfangreicher Prozeß, welcher gestern vor der II. Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Auf der Anklagebank befanden sich der Bergingenieur Dr. phil. Philipp Braumüller, der Bergmeister a. D. Dr. Bernhard Rossmann und der Igl. Berggrath a. D. Ludwig Honigmann. Dieselben sollen in gewinnfüchtiger Absicht ein falsches Gutachten abgegeben und sich dadurch des Betruges schuldig gemacht haben. Im Jahre 1885 bildete sich unter der Firma „Berliner Kohlenwerke“ eine Gesellschaft, welche die Kohlenlager in einem beim Teuplitzsee belegenen Terrain ausbeuten wollte. Die Seele des Unternehmens war der bekannte Kohlen-Großhändler Falk, welcher sämmtliche zu Tage geförderte Kohle abzunehmen sich erbot. Die Bohr- und Abteufungsarbeiten nahmen mehrere Jahre in Anspruch, der Angeklagte Braumüller fungirte dabei als technischer Beirath, wofür er eine monatliche Besoldung von 100 M. erhielt. Im Jahre 1887 wurde Dr. Braumüller durch einen anderen technischen Beirath ersetzt, er trat aus und kümmerte sich nicht mehr um das Unternehmen. Vorher wurde Dr. Braumüller aber von Falk ersucht, ihm ein Gutachten über den Werth der Kohlenlager abzugeben. Falk erklärte dabei, daß er das Unternehmen in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln, die meisten Aktien aber für sich und seinen Schwager, den Rittergutsbesitzer Kohr, in Anspruch nehmen wolle. Dr. Braumüller stellte dies Gutachten aus. Dasselbe äuferte dahin, daß das ganze Bergwerk einen Werth von 6 896 000 M. habe. Die Mächtigkeit der Kohle betrage 20 bis 25 Meter bei einer Länge von etwa 2000 Meter, das Lager sei demnach als fast unerschöpflich zu bezeichnen. Er schätze die jährliche Förderung aus den beiden jetzt glücklicherweise getrauten Schächten auf 3 Millionen Hektoliter, deren Absatz darum ein besonders leicht zu bewerkstelligender sein würde, weil der in der Nähe befindliche Teuplitzsee mit Berlin auf dem Wasserwege in Verbindung stehe. Das ganze Gutachten schilderte das Unternehmen und dessen Rentabilität in der günstigsten Weise. Falk wandte sich dann an den in Breslau wohnenden zweiten Angeklagten mit der Bitte, daß von seinem Studien-genossen Dr. Braumüller ertheilte Gutachten zu unterstützen. Dr. Rossmann war hierzu bereit, er begab sich nach dem Kohlenfeld, nahm es in Augenschein und bestätigte das von Dr. Braumüller abgegebene Gutachten, wofür er von Falk 600 M. erhielt. Falk fragte den Dr. Rossmann auch, ob derselbe nicht einen im Bergbau angesehenen Mann kenne, der dem Gutachten als Dritter beitreten und dasselbe mit einem Titel unterstützen könne. Dr. Rossmann verwies ihn an den dritten Angeklagten, den Berggrath a. D. Honigmann, und dieser ließ sich auch zur Unterstützung des Gutachtens mit seinem Namen herbei. Nun schritt Falk zur Bildung der Aktiengesellschaft. Es wurde ein Grundkapital von 3 Millionen angenommen und durch Vermittlung der Bodenkredit-Gesellschaft wurde eine Million aufgenommen, die in 2000 Aktien à 500 M. zerlegt wurde. Auf den Anteilseignern war der Hauptinhalt des fraglichen Gutachtens abgedruckt. Den weitestgehenden Theil der Aktien übernahmen Falk und dessen Schwager Kohr, nur wenige gingen in die Hände des Publikums über. Um sich dem Angeklagten Braumüller dankbar zu zeigen, gab Falk demselben für 15 000 M. Aktien, aber mit der Bedingung, daß dieselben vor Ablauf von 2 Jahren nicht aus den Händen gegeben werden dürften. Die Förderung von Kohlen sollte nun ihren Anfang nehmen. Die Unternehmer wurden in ihrer Hoffnung arg getäuscht und es wurde der Verdacht rege, daß sie durch das Gutachten der Angeklagten getäuscht worden seien. Es kam schließlich zu einer Anzeige und zu obiger Anklage. Die Staatsanwaltschaft hat in den Herren Berggräthen Kohr und Kumpelid, dem Bergwerks-Direktor Straß und dem Ingenieur Rast Sachverständige angenommen, welche ein Gutachten abgegeben haben, welches ebenso ungünstig lautet, wie das Gutachten der Angeklagten das Unternehmen in glänzenden Farben schildert. Die genannten Herren waren zum gestrigen Termine aus Halle bezw. Kottbus erschienen, ihnen sollten aber andere Sachverständige gegenübergestellt werden, die von den Verteidigern Justizräthen Mundel und Gerth geladen waren. Den Vorsth führt Landgerichtsdirektor Brausewetter, die Anklagebehörde vertritt Staatsanwalt Fickel. — Die Angeklagten bestritten, daß irgend jemand ihnen den Vorwurf machen könne, daß sie durch ihr Gutachten die Hand zu einem Betrüge hätten bieten wollen. Sie begründeten die Richtigkeit ihres Gutachtens in eingehendster Weise nach ihren bergmännischen Erfahrungen und gestüt auf die geologische Wissenschaft. Ihr Gutachten sei abgegeben nach dem ihnen von Falk übergebenen Grubenbild, nach den darauf ersichtlichen Aufschluß- und Arbeiten nach den Angaben der Betriebsbeamten. Damals seien

42 Bohrlöcher vorhanden gewesen, auf dem späteren amtlichen Grubenbild, welches dem berggräthlichen Gutachten zu Grunde gelegen, zeigen sich viel mehr Bohrlöcher und damit ein ganz anderes Bild. Nach dem ihnen vorgelegenen Bild haben sie ein Kohlenlager von 2000 Meter Länge, 250 Meter Breite und 20 Meter Mächtigkeit herausgerechnet. Alles, was das berggräthliche Gutachten bezüglich der Mächtigkeit des Lagers, der Größe des Wasserbringens durch den Teuplitzsee, der schlechten Beschaffenheit der Kohle, der schlechten Abteufungsarbeiten, der Vermischung der Kohle mit Sand u. s. w. gesagt habe, treffe nicht zu und ihre Entzage, welche am Werth nur auf 150 000 bis 300 000 M. angebe, sei falsch. Es gebe kaum eine Grube, die einen so bequemen Absatz habe, wie diese Grube. Rings herum lägen Hiegeleien, wo Tausende täglich verbrannt würden, durch die Schiffsahrt werde die Kohle direkt nach Berlin hinein gefahren. Die Kohle sei eine ganz vorzüglich harte, daß sie auch lagere, und damit sei der Absatz für Berlin und Umgegend gesichert. In besonders heftiger Weise wandte sich der zweite Angeklagte gegen die Richtigkeit des berggräthlichen Gutachtens. Dasselbe sei vom grünen Tisch aus gemacht worden, beruhe auf vielfach falschen Voraussetzungen namentlich bezüglich der Wassergefahr und erkläre sich aus der den Beamten naturgemäß anhaftenden übergroßen Vorsicht und einer gewissen Engberzigkeit. Selbstverständlich seien bei solchen Unternehmungen Schwierigkeiten zu überwinden, das könne aber das Gutachten bezüglich der zu erwartenden Rentabilität nicht beeinträchtigen. Der Angeklagte wies auf der Statistik und aus einzelnen neueren Fällen nach, daß mehrfach berggräthliche Gutachten einzelne Gruben für ganz werthlos hingestellt haben, die später für mehrere hunderttausend Mark verkauft wurden und daß verschiedene Gruben, die unter den anfänglichen großen Schwierigkeiten zu erliegen drohten, heute zu den glänzendsten und rentabelsten gehören. — Zeuge Kaufmann Falk gab zu, daß er dem Angeklagten Braumüller 15 000 M. in Aktien gegeben habe. Diese Summe siehe jedoch in keiner Beziehung zu dem abgegebenen Gutachten, sondern sie sollte das Äquivalent für den gesamten Bestand des Angeklagten Braumüller darstellen. Was den jetzigen Stand des Unternehmens betrifft, so sei ein großer Tagebau vorhanden und es seien vor Weihnachten 2000 Hektoliter Kohlen täglich gefördert worden. Die Aktien haben keinen börsenmäßigen Werth, es seien auch noch keine Dividenden gezahlt worden, von einer Werthlosigkeit der Papiere sei darum aber absolut keine Rede. Auf Befragen des Staatsanwalts bestätigte der Zeuge, daß das Grundkapital herabgesetzt werden soll. Der Zeuge erklärte auf das Bestimmteste, daß er in keiner Weise auf das Gutachten der drei Angeklagten eingewirkt habe, dasselbe vielmehr wesentlich auch zur Bildung eines eigenen Urtheils gewünscht habe. — Die Zeugnisse des Marktbesizers Seer und des Obersteigers Harz, welche das Grubenbild beziehungsweise die Bohrlöcher und das Profil angefertigt haben, bestätigten im wesentlichen die Angaben der Angeklagten namentlich dahin, daß 2000 Meter abgebohrt waren. Der von der Verteidigung geladene Sachverständige Berggrath Straß gab sein Gutachten in einem dem Angeklagten günstigen Sinne ab. Im Jahre 1887 habe er für Falk ein Gutachten über dasselbe Kohlenlager verfaßt und dahin abgegeben, daß es sich um ein solches von großer Mächtigkeit handele. Er habe durchschnittlich eine Mächtigkeit von 18 Metern angenommen, sei aber überzeugt, daß eine Mächtigkeit von durchschnittlich 20 Metern der Wirklichkeit näher läge. Er habe die Menge der Kohlen nach Abzug des Selbstverbrauchs auf 90 Millionen Hektoliter geschätzt, so daß also während eines Zeitraums von 30 Jahren jährlich 3 Millionen Hektoliter Kohlen verkauft werden können. Die von den Angeklagten aufgestellte Kostenberechnung müsse er als durchaus angemessen bezeichnen; ebenfalls sei die Abteufung als vollendet anzusehen. Die Nähe des Teuplitz-Sees könne als eine Gefährdung des Betriebes nicht angesehen werden. — Berggrath Kohr vertritt die Richtigkeit des berggräthlichen Gutachtens, welches auf dem zuverlässigen amtlichen Grubenbild beruhe. Dem Angeklagten habe zweifellos das unzuverlässige Grubenbild, welches ihnen von der Grubenverwaltung unterbreitet worden, vorgelegen. Der Kohlenreichtum stelle sich nach dem amtlichen Profil ganz anders, als in dem Gutachten der Angeklagten. Daß dieses Gutachten bergmännischer Kenntniß und Erfahrung widerspreche oder darin etwas wesentlich falsch angegeben sei, konnte der Sachverständige nicht sagen. Er giebt zu, daß in dem Gutachten irrthümlicher Weise die Zahl der herumliegenden Hiegeleien auf 5 angegeben worden, während sie tatsächlich ca. 30 beträgt. — Der Angeklagte Dr. Rossmann meinte, daß wohl nur dieser Irrthum und die irrthümliche Ansicht der Sachverständigen über die Gefahren des nicht mehr vorhandenen Teuplitz-Sees den Staatsanwalt zur Einleitung des Verfahrens veranlaßt haben. — Berggrath Humberding vertrat den Standpunkt, daß den Angeklagten entweder ein falscher Plan vorgelegen habe oder aber daß sie ihr Gutachten wider besseres Wissen abgegeben haben. Sonst sei es nicht zu erklären, daß die Angeklagten den Kohlenreichtum für unerschöpflich hinstellen konnten. Er berechne mit dem Oberberggrath Kohr den Kohlenreichtum auf 27 Millionen Hektoliter, die jährliche Förderungsmöglichkeit auf 1 1/2 Millionen, so daß der Reichtum 19-20 Jahre ausreichen würde. — Bergingenieur Reß schloß sich dem Gutachten des Vorredners an. Die sehr hohen Ziffern, welche das Gutachten der Angeklagten enthalte, seien darauf zurückzuführen, daß denselben wahrscheinlich ein sehr idealisirtes Profil vorgelegt worden sei. Die Wasserschwierigkeiten auf den Berliner Kohlenwerken seien ganz eminente und die Selbstkosten werden hierdurch wesentlich erhöht. — Grubendirektor Straß war ganz derselben Meinung. Er führte aus, daß die Angeklagten bei Abgabe des Gutachtens mindestens recht fahrlässig vorgegangen seien und Dr. Rossmann nicht nach bestem Wissen gehandelt habe. Wenn ein Herr, wie Herr Falk, gegen Entgelt sich ein solches Gutachten ausstellen lasse, so hätten die Angeklagten wissen müssen, daß es sich da um ganz bestimmte finanzielle Zwecke handele und sie hätten ganz besonders vorsichtig sein müssen. Sie hätten sich nicht mit der Karte begnügen dürfen, welche der Obersteiger Harz angefertigt. Letzterer habe gar keine Fähigkeit dazu. — Ueber die Richtigkeit der beiderseitigen Anschauungen kam es zwischen den Sachverständigen der Anklage, den Angeklagten und dem Berggrath Straß zu lebhaften Auseinandersetzungen, die zu einer Einigung nicht führten. — Nachdem noch Bergassessor Johann und Bergassessor Boller ihr Gutachten im Sinne der Angeklagten abgegeben, ließ Staatsanwalt Fickel die Anklage fallen, da er nicht die Ueberzeugung gewonnen, daß die Angeklagten wider besseres Wissen und Gewissen gehandelt haben, sondern höchstens vorsichtiger hätten vorgehen müssen. Was den Zeugen Falk betrifft, so nahm der Staatsanwalt an, daß derselbe den Angeklagten einen unzutreffenden Riß unterbreitet habe und diese hierauf ihr Gutachten gegründet hätten. — Nach kurzen Plaidoyers der Rechtsanwälte Gerth und Mundel erkannte der Gerichtshof auf Freisprechung der Angeklagten.

Versammlungen.

In der Generalversammlung der Lakirer aller Branchen, welche am 9. Januar tagte, mußte auf den einleitenden Vortrag verzichtet werden, da der Referent am Erscheinen verhindert war. Der Rechnungsbericht, der vom Vorstand gegeben ward, gestaltete sich im vorigen Quartal, wie Kollege Schäfer ausführte, günstiger als früher. Die Theilnahmlosigkeit der Kollegen ist zwar im allgemeinen immer noch eine große, jedoch traten im letzten Quartal mehr Mitglieder ein als gestrichen wurden. Der Kassendbericht, den Kollege Warkne gab, stellte als Einnahme 178,90 M. und als Ausgabe 117,94 M. fest. Der Bericht wurde

